

metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Geschäft wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungssatz.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Abtsstraße 18 a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro schärfegesetzte Kolonie: 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinteresse finden keine Ausnahme.

In einer Aufl. von
386300
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Nach der Erhöhung des Goldleihzuges von $8\frac{1}{2}$ auf 4 Prozent am 20. September ergab sich bald, daß die an die Reichsbank gestellten Ansprüche auch fernherin außerordentlich groß blieben, eine weitere Heraufsetzung des Diskonts schon unausbleiblich. Zweifel bestanden allein darüber, ob der Diskontszug nur um $\frac{1}{2}$ Prozent oder gleich um ein volles Prozent in die Höhe gesetzt werden würde. — Am 11. Oktober beschloß nun die Reichsbankleitung, den Diskont von 4 auf 5 Prozent heraufzusetzen. Die Anspannung des Geldmarktes beschränkt sich nicht auf Deutschland. Sie ist internationaler Charakter, kurz vor der zweiten Diskontserhöhung in Deutschland hat auch die Bank von England ihren Geldzug von $2\frac{1}{2}$ auf 3 Prozent erhöht. An den englischen Geldmarkt stellte besonders Amerika wieder sehr beträchtliche Ansprüche, eine Erscheinung, die mit dem industriellen Aufschwung in den Vereinigten Staaten zusammenhängt. Schon bei der Diskontserhöhung am 20. September waren wir die Frage auf, ob die erhöhten Ansprüche von Handel und Industrie allein die Verfeuerung des Kreidebedarfes hat zu der Anspannung am Geldmarkt der beträchtliche Geldbedarf der Börse und die starke Finanzannahme der Reichsbank durch das Reich recht wesentlich begreifbar, aber die weitere Entwicklung dürfte doch ergeben haben, daß in der Hauptsache der Kapitalbedarf von Handel und Industrie die nochmaligen Diskontsteigerungen geführt hat. Es ist mehrfach ausgeschlossen worden, daß der sich aus einer Belebung der Industrie ergebende Geldbedarf in Berücksichtigung der kurzen Zeit, die seit der Wendung der Konjunkturbesserung vergangen ist, unbegreiflich hoch erscheine, doch mit Recht wurde dieser Aufschwung entgegengestellt, daß sich in dieser Gestaltung der Geldmarktwirtschaft die Wirkungen der Konzentration im Bankgewerbe und die Beherrschung des Grundstücksmarktes durch die Großbanken äußern. Durch die engen Verbindungen der Großbanken mit der Industrie ist in der Krise manches Unternehmen aufrechterhalten worden, das in früheren Zeiten vielleicht zusammengebrochen wäre, die Banken sind eben doch daran interessiert, die ihnen nahestehenden Unternehmen — wenn möglich — vor Katastrophen zu bewahren. Durch die Kredite der Banken überstanden manche industriellen Gesellschaften die Krise, aber in dem Augenblick einer wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung gehen die Banken dazu über, diese Kredite durch neue Emissionen von Aktien und Obligationen der betreffenden Gesellschaften abzulösen. Schon aus diesen Gründen ist die Belastung des Geldmarktes sofort bei Beginn einer besseren Konjunktur erheblich stärker als sie es wäre, wenn die Krise, wie etwa in den Jahren 1901 und 1902, zum völligen Zusammenbruch zahlreicher Unternehmen geführt hätte. Dazu kommt, daß in den letzten Wochen die Händler auf die sich mehrenden Anzeichen eines Konjunkturaufschwunges zu großen Kaufen geschritten sind; die angefüllten Lager bedingen eine Festlegung erheblicher Mittel, außerdem sind die Geldersforderungen der Industrie durch die Belebung der industriellen Tätigkeit gestiegen, auch die nicht unbedeutlichen Preisssteigerungen der meisten Rohmaterialien erfordern erhebliche Geldsummen. Dass nun die Reichsbank den Diskontszug gleich um ein ganzes Prozent erhöhte, glaubt man auch darauf zurückzuführen zu können, daß sie erwartet, mit dem jetzigen Soze über den Jahreswechsel hinwegzukommen, so daß eine Beurteilung der Märkte durch neue Diskontserhöhungen unterblieben könnte.

Über die Situation in der Eisenindustrie hat der Kommerzienrat Klödner, der Inhaber der großen Eisenhandelsfirma Klödner & Co., in der Generalversammlung des Hafener Eisen- und Stahlwerks, deren Aufsichtsratsvorsitzender er ist, Ausführungen gemacht, die die Stimmung in weiten Kreisen der Schwerindustrie wiedergeben. Es sei nicht zu verkennen, erklärt er, daß in den letzten sechs Wochen eine wesentliche Besserung auf der ganzen Linie eingetreten sei. Ihre Wirkungen seien aber bis jetzt noch unbedeutend, als der Markt für viele Produkte unter den Selbstkosten war. Außer der Belebung der Produktivität sei auch jetzt die Industrie wieder im Stande, Aufträge zu erteilen, die die Maschinenfabrikation beleben und Rohstoffe beliefert werden lassen. Da auch die Ernte gut ausgefallen ist, schienen alle Momente für eine gefunde Erstärkung des Wirtschaftslebens vorhanden, sofern der Geldmarkt normal bleibt und politische Störungen vermieden würden. Die reichen Hochstahlwerke seien allerdings auch heute noch in älterem Tog, die sowohl noch nicht besser wie, so daß eine dauernde Besserung des Rohstoffmarktes nur einzitzen könnte, wenn das Ausland größere Posten abnehme. Anfragen aus Amerika gingen täglich ein, die gebotenen Preise seien aber noch zu niedrig. Es glaube, daß die von Amerika zu erhoffende Entlastung doch noch kommen würde. In der Ausfuhr von Fertigfabrikaten nach anderen europäischen Ländern, die für die gemischten Werke wie Hafner in Betracht komme, habe sich in den letzten Wochen eine lebhafte Kaufaktivität eingesetzt, sie sei besonders in Städten und Drahtverarbeitungen durch Erteilung großer Aufträge zu steigenden Preisen bemerkbar.

Die Erfolgerung der europäischen Rohstoffmärkte würde durch amerikanische Kaufe eine außerordentliche Förderung erfahren, die Stellungnahme der Amerikaner gegenüber dem europäischen Rohstoffmarkt verbleibt daher auch

die aufmerksamste Beobachtung. In den Vereinigten Staaten ist die Rohstoffproduktion während der Krise stark zurückgeschraubt worden, bei dem jetzigen Aufschwung wurde die Nachfrage, da die Vorkräfte im Lande nur gering waren, um so mehr auf die europäischen Märkte gesenkt, da der Eingangszauber für Rohstoffe in dem neuen Tarif von 4 auf $2\frac{1}{2}$ Dollar pro Tonne ermäßigt worden ist. Nun ist in den letzten Tagen allerdings nach den sehr starken Steigerungen der Rohstoffpreise in Amerika zum erstenmal ein Rückgang der Rottungen zu verzeichnen. Bei dem nun etwas abgebremsten Höchstpreis hätten sich Rohstoffverschaffungen aus den europäischen Produktionsländern als lohnend erwiesen, deshalb wird vermutet, daß die amerikanischen Rohstoffproduzenten die Preise absichtlich etwas gebracht haben, um den Anreiz für die europäische Rohstoffeinfuhr zu dämpfen. Es schwierigen und schwierigen Verhandlungen der Amerikaner mit deutschen Werkeln über größere Abschlüsse, von denen manche zustande kommen dürften.

Auf die Pläne zur Bildung eines deutschen Monopolrates wurde in der Handelspresse erneut hingewiesen, es wurde die Vermutung laut, daß das Projekt einer Vereinigung der Gesellschafter Bergwerksgesellschaft mit dem Rhönitz und der Deutsch-lugemburgischen Bergwerksgesellschaft bestehe. Im Jahre 1912 läuft der geltende Vertrag des Stahlwerksverbundes ab und gerade die großen gemischten Werke haben, wie zur Genüge bekannt ist, wenig Neigung, den Vertrag in der alten Form zu verlängern. An dieser Stelle ist schon seit langem auf die Vertragsabschließten hingewiesen worden, daß sie bestehen, kann ernstlich nicht bestritten werden, wenn auch über die Form, in der sie zur Ausführung gelangen sollen und werden, noch keine Entscheidungen vorliegen. Wie wenig auf Ablehnungen von Vorgängen durch die industriellen Gesellschaften und die Banken zu geben ist, zeigte sich wieder bei der Kapitalerhöhung der Deutsch-lugemburgischen Bergwerksgesellschaft. Der Aufsichtsrat dieses Unternehmens beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 8 Millionen, von 42 auf 50 Millionen Mark, zum Zweck der Einlösung der fünfprozentigen Anleihe der Gesellschaft und zur Bereitstellung größerer flüssiger Mittel. Wenige Tage vor der offiziellen Bekanntgabe dieses Beschlusses wurde die Meldung eines Handelsblattes von der bevorstehenden Kapitalerhöhung durch die Verwaltung glatt bestritten.

Zu den Unternehmungen, die für 1908/09 einen besseren Abschluß aufweisen als bisher angenommen wurde, gehört auch die Dortmunder Union. Nach Anrechnung des Vortrages aus dem Vorjahr ergibt sich ein Gewinn von 6 784 991 M. (im Vorjahr 7 182 394 M.). Nach Abzug von allgemeinen Unkosten sowie Zinsen, Provisonen etc., verbleiben zur Abschreibung und Reservestellungen und zur Gewinnabteilung 4 899 629 M. gegen 5 100 826 M. verfügbar. Es wird vorgeschlagen, 3 055 015 M. (im Vorjahr 2 850 456 M.) zu Abschreibungen zu verwenden und 66 788 M. (im Vorjahr 97 518 M.) dem gesetzlichen Reservesfonds zuzuführen. Auf die Vorrätsaktien wird wiederum eine Dividende von 5 Prozent mit 840 000 M. und auf die Aktien von zwei Prozent mit 504 000 M. verteilt werden, der Rest mit 433 826 M. (im Vorjahr 508 850 M.) wird auf neue Rechnung vorgetragen. Die Männermannschaften bringen für das Jahr 1908/09 eine Dividende von $12\frac{1}{2}$ Prozent gegen 12 Prozent in den beiden Vorjahren zur Verteilung, obwohl der Geschäftsbericht darüber sagt, daß die alten Aufträge der Maschinenindustrie aus der Hochkonjunktur nicht mehr in das Berichtsjahr reichten und ein schwer ausgeprägter Mangel an Unternehmungsfreiheit, besonders die noch immer andauernde Stagnation im Baugewerbe, nicht nur keine Befreiung aufzumachen ließen, sondern sogar für bedeutendes Inlandschäftsgebiete einen weiteren Konsumrückgang zur Folge hatten. Die Werke der Gesellschaft waren im Berichtsjahr infolge einer lebhaften Ausfuhrtaftigkeit voll beschäftigt, und haben die höchste seit ihrer Errichtung produktionss- und verkaufsmenge aufzuweisen. Der Umsatz der deutschen Werke betrug 35 292 637 M. gegen 34 733 469 M. im Vorjahr, der Gesamtumsatz aller zum Konzern der Mannesmann-Mühlenwerke gehörenden Werke des In- und Auslandes stieg auf 57,08 Millionen gegen 57,35 Millionen Mark im Vorjahr. Der für die deutschen Werke in das neue Geschäftsjahr übernommene Auftragsbestand beziffert sich auf 20 503 Tonnen gegen 20 830 Tonnen im Vorjahr. In den letzten Monaten ist, wie der Bericht betont, eine Belebung des Inlandsverkaufs unverkennbar.

Die Ergebnisse der öffentlichen Ausschreibungen auf Lieferung von Baggern, Schuten etc., die die Finanzdeputation in Hamburg erlassen hat, werfen ein recht eigenartiges Licht auf die Geschäftsgeschäfte der deutschen Schiffswerften. Es stellen sich die Angebote auf Lieferung von 6 Baggernschuten mit Bodenklappen für ein Städte: F. Friedländer & Co., A.-G., Einstwarden 79 500 M. A. Rüdes & Co., A.-G., Stettin 74 000 M. G. Seebek, A.-G., Bremerhaven 87 000 M. Union, A.-G., Dortmund 88 000 M. A.-G. Neptun, Rostock 89 000 M. Friedländer & Co., Bremen 90 000 M. S. Smit & Son, Hoogezaand-Holland 91 000 M. J. Meyer, Papenburg 94 000 M. Gebr. Sachsenberg, A.-G., Rostock 97 500 M. Heinr. Brandenburg, Hamburg 99 700 M. F. W. Matzitter, Danzig 98 100 M. Henry Koch, A.-G., Lübeck 100 500 M. F. H. N. Wöhrl, Hamburg 104 600 M. Rehder, A.-G., Hamburg 108 000 M. Dresdener Maschinenfabrik, A.-G., Dresden 113 000 M. Oderwerke, Stettin 116 000 M. G. Beyer, Bremen 113 900 M. G. Schichau, Elbing 126 000 M. Werft Gusto, Söderhamn in Holland 141 000 M.

Die anderen Ausschreibungen zeigten gleich schlimme Submissionsblätter. So lauteten die Angebote auf Lieferung eines Schüttmühlen-Schüttens: Rüdes & Co., A.-G., Stettin 85 000 M. Dresdener Maschinenfabrik u. Schiffswerft, A.-G., Düsseldorf 120 000 M. Oberwerke, A.-G., Stettin 129 500 M. Lübecker

Maschinenbaugesellschaft, Lübeck 180 800 M. F. H. Wöhrl, Hamburg 142 000 M. Hovalbstwerke, Rostock 150 250 M.

Die Angebote auf Lieferung von zwei Damppfuggern boten folgendes Bild: Preis für beide Wagger: Lübecker Maschinenbaugesellschaft, Lübeck 740 000 M. A.-G. Neptun 780 000 M. Gebr. Sachsenberg, A.-G., Rostock 812 000 M. F. Friedländer & Co., A.-G., Einstwarden 884 000 M. Udlerwerke, Stettin 848 000 M. G. Schichau, Elbing 880 000 M. Joh. C. Leddenborg, Geestemünde 870 000 M. A.-G. Weser, Bremen 880 000 M. Schiff- und Maschinenbau-A.-G., Mannheim 890 840 M. F. W. Matzitter, Danzig 944 000 M. Rüdes & Co., A.-G., Stettin 950 000 M. Hovalbstwerke, Rostock 956 000 M. Werft Conrad, Haarlem, Holland 1 150 000 M. Werft Gusto, A.-G. Smulders, Söderhamn in Holland 1 206 000 M.

Gewiß ist bei der wenig erfreulichen Lage der deutschen Schiffswerften ein scharfer Konkurrenzkampf verständlich, aber, diese ganz ungewöhnlichen Angebotsunterschiede sind geradezu ungemeinlich. Für die Kalkulation war bei den eingesetzten Offerten dazu eine schiere Unterlage gegeben, da die Hamburger Baubewilligung, bei der Vergabe ihres Hafenmaterials ins Detail geht, sie liefert den Submittenten ganz ausführliche Zeichnungen mit allen Einzelheiten der Konstruktion und eingehende Beschreibungen, ferner trifft sie genaue Bestimmungen über die zu verwendenden Baustoffe und Hilfsmaterialien, so daß keinerlei Zweifel über die von dem Unternehmer erwartete Leistung bestehen kann, und zwar um so weniger, als auch die sachmäßige Überwachung der gesamten Herstellung vorbehalten ist. Jeder Submittent weiß also ganz genau, was von ihm verlangt wird. Die Frankfurter Zeitung, der wir diese Angaben entnehmen, sagt auftreffend: „Wenn es bei den Submissionsen auf Ergebnisse des Handwerks leider oft genug vorkommt, daß die niedrigeren Angebote zu direkten Verlusten führen, so kann man nur auf den Mangel an Kaufmännischer Schulung und geschäftlicher Erfahrung solcher Submittenten hinweisen. In großen industriellen Betrieben aber sollten derartige Unterbliebungen nicht vorkommen, es wäre durchaus falsch und im höchsten Grade unökonomisch, durch Herstellerneben der Aufträge um jeden Preis viel beschäftigt erscheinen zu wollen.“ Die Arbeiterschaft hat ein besonderes Interesse daran, diese Submissionsblätter und das Urteil eines führenden Handelsblattes über die Praxis der daran beteiligten Schiffswerften vorzumerken, denn sie ist es, die eine solche sinnlose Wirtschaft schließlich am stärksten verschärft.

Die Reiterstieg-Schiffswerft und Maschinenfabrik in Hamburg erzielte in dem am 30. Juni beendeten Geschäftsjahr einen Bruttogewinn von 1 579 239 M. (i. B. 1 766 255). Nach Abzug der Abschreibungen von 350 000 M. (i. B. 300 000) ergibt sich ein Bruttogewinn von 231 499 M. (i. B. 326 603), der die Verteilung einer Dividende von 7 Prozent (i. B. 10) gestattet. Auf neue Rechnung werden 11 017 M. (i. B. 6687) vorgetragen. Der Betrieb ist im Laufe des Jahres durch Neubau und durch kleine Werke von Günther & Göde und durch verschiedene Werkstätten erweitert worden. Die Aussichten für das laufende Jahr werden als wenig günstig bezeichnet, da der Neubau von Schiffen noch immer steht und die Reedereien nur die notwendigsten Reparaturen ausführen lassen. Die Schiffswerft von Seebeck in Bremen haben soll nach dem Vorschlag des Aufsichtsrates eine Dividende von 4 Prozent — 140 800 M. gegen 0 Prozent im Vorjahr verteilen. Nach Verbuchung der Unkosten für die Ausgabe der neuen Teilschuldverschreibungen und für deren Einführung an der Berliner Börse auf Generalunkostenkonto, und nach Abschreibung des Agio auf die mit 103 Prozent eingelösten 495 000 M. alte hypothekarische Anleihe sowie nach Vornahme der Abschreibungen (i. B. 249 600 M.) ergibt sich, wie die Verwaltung mittelt, ein Bruttogewinn von 170 260 M. (358 270), zu dem der Vortrag aus dem Vorjahr von 308 664 M. (61 076) tritt. Dem ordentlichen Reservesfonds werden 250 793 M. (i. B. 17 913) überwiesen, der damit die gesetzliche Höhe von 10 Prozent erreicht. Nach Abzug von Rentenmen sind der Rest von 66 617 M. (i. B. 308 664) auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Schiffswerft von Seebeck in Bremen haben soll nach dem Vorschlag des Aufsichtsrates eine Dividende von 4 Prozent — 140 800 M. gegen 0 Prozent im Vorjahr verteilen. Nach Verbuchung der Unkosten für die Ausgabe der neuen Teilschuldverschreibungen und für deren Einführung an der Berliner Börse auf Generalunkostenkonto, und nach Abschreibung des Agio auf die mit 103 Prozent eingelösten 495 000 M. alte hypothekarische Anleihe sowie nach Vornahme der Abschreibungen (i. B. 249 600 M.) ergibt sich, wie die Verwaltung mittelt, ein Bruttogewinn von 170 260 M. (358 270), zu dem der Vortrag aus dem Vorjahr von 308 664 M. (61 076) tritt. Dem ordentlichen Reservesfonds werden 250 793 M. (i. B. 17 913) überwiesen, der damit die gesetzliche Höhe von 10 Prozent erreicht. Nach Abzug von Rentenmen wird der Rest von 66 617 M. (i. B. 308 664) auf neue Rechnung vorgetragen.

Zur Gründung des Internationalen Kameratentrust ist noch nachzutragen, daß die Heinrich Ernemann-Altinger-Gesellschaft in Dresden von einer direkten Beteiligung an dem Trust zum Schluss zurückgetreten ist, es wird jedoch angegeben, daß zwischen ihr und dem Kameratrust ein freundliches Verhältnis bestehen soll.

Ein System der Sozialpolitik.

I.

Der Raubzug des Schnapsblocks in Gestalt der 400 Millionen Mark neuer indirekter Steuern auf die Taschen des arbeitenden Volkes hat außerordentlich aufdrücklich auf die Massen gewirkt und sie auch über das Wesen der vielgerühmten offiziellen Sozialpolitik aufgeklärt. Wenn man sich die gewaltige Verschiebung der Stimmenverhältnisse bei den in den letzten Monaten vorgenommenen Reichstagssatz-, Landtags- und Gemeindewahlen vergegenwärtigt, die durchweg den bürgerlichen Parteien empfindliche Verluste, der sozialdemokratischen Partei aber einen großartigen Zuwachs brachten, so muß man sagen, daß das Werk des Schnapsblocks tiefer und stärkere Wirkungen auf die weitesten Volkskreise hatte, als zahlreiche Agitationen und Wahlversammlungen mit Neben über die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage unter anderen Umständen gehabt haben würden. Freilich mußte ganz zwiefellos Millionen von Männern und Frauen des arbeitenden Volkes die tiegretende und einschneidende Bedeutung des statlichen Raubzuges für sie durch die sozialdemokratische Presse, durch sozialdemokratische Flugblätter und durch die zahlreichen Versammlungsreden erst zum vollen Bewußtsein gebracht werden und diese aufklärende Tätigkeit ist unverkennbar

mit dem größten Erfolg ausgeführt werden. Es gilt nun, in diesen aufstrebenden und umfassenden Ausbildungsbereich nicht zu erschrecken und die bestehenden niedrigen und absteigenden Wirkungen, des sozialdemokratischen Raubzuges zu ebenso nachhaltigen aufsteigenden Wirkungen mit bewussten klaren Zielen zu gestalten. Dann wird und muss die gesamte sozialdemokratische Arbeitserziehung groß und dauerhaft Gewinn daraus ziehen und so die rohbaristische Finanzesum von 1909 die Bedeutung eines Wendepunktes in der Geschichte des deutschen Volkes erlangen.

Die Erreichung dieses hohen Zweckes ist es unumgänglich notwendig, dass allein nicht nur zu schmieden, solange es warm ist, sondern auch daselbst zu sorgen, dass es warm bleibt, und diese Prozeßarbeit erfolgt am wohlsamsten, wenn immer wieder die Schule der bürgerlichen Parteien und ihr schneller Verzug an den Arbeiterschaft festgestellt und beobachtet werden. Tatsache ist nun, dass Konervative, Zentrumsteile, Polen und die Deutscher der Wirtschaftlichen Vereinigung (die Nationalen), zu denen auch der "Trion" Schad gehört) bis 500 Millionen neuer Steuern, wovon mehr als 400 Millionen indirekt, beschlossen haben. Das aber auch die "Blütlüberalen", Nationalsozialisten, Freisinnige und Volkspartei entschlossen gewesen waren, die 400 Millionen indirekte Steuern zu bewilligen und nur wegen der Geschäftsteuer, die die Jungen mit Zodesmut bekämpften, mit den Konservativen in Konflikt gerieten, der zum Zerfall des Blocks führt. Darum macht das Volk mit Recht bei den Wahlen keinen Unterschied in den Leuten des alten und des neuen Blocks und es ziehen daher unterschiedlos alle bürgerlichen Parteien ihre Stimmenzahlen zurück, während einzige die der sozialdemokratischen Partei in imposanter und eindrucksvoller Weise in die Höhe gehen. Das heißt, sämtliche bürgerlichen Parteien haben durch ihre pluto-kapitalistische und volksverdächtige Politik jedes Vertrauen in den weiteren Kreisen des Volkes verloren, das einzige noch die sozialdemokratische Partei, und zwar erstaunlicherweise in rasch zunehmendem Maße besitzt.

Ahnlich, aber immerhin für die bürgerlichen Parteien noch viel günstiger, war die politische Situation bei den Reichstagswahlen im Jahre 1903, denen die Kämpfe um die neuen Wüchterzölle im Jahre 1902 vorangegangen waren. Die bürgerlichen Parteien büßten damals zum Teil Stimmen und Mandate ein, während die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von 2 107 100 im Jahre 1898 auf 3 010 800, also um 900 000 und die der Mandate von 56 auf 81, um 25 stieg, womit die Partei ihren Höhengipfel erreichte. Der politische Schwindel von 1907 brachte bei den Neuwahlen den bürgerlichen Parteien einen unerwartet großen neuen Aufschwung und der sozialdemokratische Partei mit dem Verlust von 38 Mandaten eine empfindliche Schlappe bei, aber angesichts der Finanzreform von 1909, die in ihren Wirkungen den Massen jeden Tag Störfällig auf den Wagen gibt und sie so politisch erzieht und schlägt, dürfte es das leichtesten gewesen sein, dass Regierung und bürgerliche Parteien mit einem politischen Schwindel das Volk irreführen und verleiten könnten, seine Meugger selbst zu wählen.

Die Finanzreform von 1909 bedeutet den Zusammenbruch, den Bankrott der bürgerlichen Parteien, aber auch das Ende einer schamlosen Raubpolitik, die schon von Bismarck mit Zöllen und indirekten Steuern begonnen und von seinen Nachfolgern, besonders von dem unglaublichen Billow, bis zu dem Punkt fortgeführt wurde, auf dem die Wartungsstase stand: Bis hierher und nicht weiter!

Zum Rücksicht dieser fortgeschrittenen Kapitalpolitik gegen die bestreiten Massen des arbeitenden Volles muss man auch die vielgerühmte und vielbeschimpfte Sozialpolitik betrachten, um ihre ganze innere Hohlheit und Bedeutungslosigkeit würdigen zu können.

Unter Sozialpolitik versteht man schlichtlich die öffentliche Fürsorge für die Arbeiterschaft, Maßnahmen zu ihrem Schutz in Gemeinde, Stadt, Staat und Reich in Form von Gesetzen, Verordnungen und Einrichtungen, durch die Parlamente und Verwaltungsbürokratie. Diese Beschränkung der Sozialpolitik bloß auf die Arbeit wird aber der weitreichenden Bedeutung des Begriffes nicht gerecht, sondern erweitert ihn ganz ungerechtfertigt ein. Unter Sozialpolitik sollte man ganz allgemein Wohlhabenheitspolitik verstehen, deren letzter Zweck die Umwandlung des ganzen heutigen Polizei, Militär- und Klassenstaates in einen Wohlhabenheitsstaat sein möge. Zum Zell hat diese Bildung schon heute die Sozialpolitik, zum Beispiel auf dem Gebiet der Sonntagsruhe, die zunächst nur im Interesse der Arbeiter, nach und nach nur in sehr beschränktem Maße eingeführt, dann aber erweitert, aber noch lange nicht zu einer befriedigenden, vollkommenen gemacht wurde; die indes beweist, dass heute im allgemeinen Volksleben fast vollständige Sonntagsruhe herrscht. Noch müssen aber Hunderttausende von Arbeitern in zahlreichen unterbetriebenen Betrieben Sonntagsarbeit wie Werktagarbeit verrichten, die zu einem großen Teil nicht aus wirtschaftlichen tatsächlichen Gründen notwendig und unvermeidlich ist, sondern die mir und zweifelhafter Profitjagd der Unternehmer den Arbeitern gegeben wird.

Nog nun zum aber die Sozialpolitik im eingeren aber weiteren Sinne nehmen, so ist sie in Deutschland noch jung und kann über ihre ersten Anfänge hinaus. Das neue Deutsche Reich übernahm im Jahre 1871 vom Norddeutschen Bund die von diesem 1869 geschaffene Gewerbeordnung, die einige Vorschriften über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Fabriken und gegen das Kinderspiel, über den Schutz von Leben und Gesundheit im Betrieb enthielt. Der Sozialfonds wurde allgemein auf Bergwerke, Ausbildungsschulen, unternehmerische Brüder und Städte ausgedehnt. Auch das Sozialversicherungswesen sei noch als ein kleiner Froschprinzip anzusehen.

Dieser Zustand kann die Arbeiter natürlich nicht befriedigen, während anderseits es schon damals Unternehmer gab, denen das zudeutende bürgerliche Arbeiterrichter zu weit ging und die daher eine Verschärfung durch Stützpunktwirksamkeit forderten. Die Arbeiter waren jedoch weitgehendere Fortschritte, denen schon 1867 der Leipziger Schneider im Norddeutschen Reichstag mit seinem Arbeiterschutzgesetz Ausdruck verlieh. In demselben stand unter anderem der Schutzmautung für alle erwachsenen Arbeiter, die Erfahrung der Sozialpolitik, der Schutz der landwirtschaftlichen Arbeiter u. s. w. Bei der Vereinigung der Gewerbeordnung von 1869 wurden die jugendlichen Abgrenzungen aufgehoben nach der Verabschaffung der Gewerbe- und Abgabefreiheit der Städte, die Erfahrung der Gewerbeordnungen, welche Gewerbe- und Schaffensfreiheit. So viel ergiebt die Verabschaffung der Gewerbeordnungen. Im Jahre 1873 führte für der Reichstag bei der Abstimmung der Gewerbeordnung für alle Arbeiter bis zum 21. Lebensjahr wieder ein Gegner über dem jungen und geringen Arbeiterschutz jenseits der Realität einen wichtigen Verhinderungsversuch. Die gleichzeitig bestehenden Neuen Verhinderungen befanden in der Verabschaffung des Kinderschutzes, in der den Gewerbeamt gegebenen Rechte, die Verabschaffung der Gewerbe- und Abgabefreiheit der Städte und Maßnahmen der Gewerbe- und Schaffensfreiheit zu befürworten. Die Gewerbeordnung der Sozialversicherung wurde obligatorisch gemacht und die Sozialversicherung und alle mit Kapital aus arbeitenden Betriebe, auf Städte und Berufe ausgedehnt.

Im Jahre 1877 hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihren ersten unangenehmen Arbeiterschutzgesetzentwurf eingereicht, der bezügs des belasteten sozialpolitischen Weltkreises der bürgerlichen

Parteien um die Gunst der Arbeiterschaftsliste, das sie aber, da ihnen das ganze Gebiet noch neu und ungewohnt war, so unvollständig und ungeschickt wie nur möglich ausführten und wobei die nationalsozialistische Partei mit ihren "sozialpolitischen Errungen" unfehlbar dominierte. Für die Arbeiter war dabei natürlich nichts herausgestanden, denn den bürgerlichen Parteien war es mit ihrem "sozialpolitischen Weltkreis", das nichts anderes als ein demagogischer Haussang gegenüber den Arbeitern war, nicht gefallen. Die 11 Sozialdemokraten hatten nicht die Macht, ihren Gesetzentwurf durchzubringen.

Neben der Gewerbeordnung mit ihrem unbedeutenden Anfang von Arbeiterschutz und dem Wohnbeschaffungsmegegesetz bestand damals noch das vom 7. Juni 1871 datierte Gastpflichtgesetz, das durchaus ungünstig war und dessen Verbesserung die Arbeiter forderten.

War so in der ersten Zeit des Kaiserreichs das für die Arbeiter kaum Gewissensbisse getan, so vollzogte anderseits die wissenschaftliche und gerichtliche Hebe gegen die Arbeiter, seitdem der gewissenlose Staatsanwalt Lessendorf seine Orgien mit Massenverhaftungen und Verurteilungen von Arbeitern, mit der Massenauslösung von Gewerkschaften und politischen Vereinen, mit Versammlungsverbots und Versammlungsaufstellungen, mit Bettungs- und Preßprozessen. Das war die Zeit, in der die noch informierte Verfolgung und Beleidigung der Arbeiterschaft durch das Sozialstrafgesetz vorbereitet wurde.

Die deutsche Lokomotivindustrie umfasst Werke, die nur eben doch beschränkt mit der Herstellung von Lokomotiven betrieben, und solche, die sie als Nebenproduktion betreiben. Das letztere ist in Frage kommenden Werken handelt es sich um durchweg kapitalistische Betriebe. Zusammen werden in diesen Betrieben 46 804 Arbeiter beschäftigt einschließlich Lehrlinge und Meister, ausschließlich der Beamten. Im reinen Lokomotivbau sind 26 100 Arbeiter beschäftigt. Der größte Anteil an der im Lokomotivbau beschäftigten Arbeiterschaft haben die 13 Aktiengesellschaften mit 18 887 Beschäftigten. Die übrigen 11 268 Arbeiter sind in 8 Privatbetrieben (Einzelpächter) beschäftigt. Welche Bedeutung diese Industrie für Deutschland hat, geht außer aus den Ausfuhrzahlen wohl am besten daraus hervor, dass die 12 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 104 780 000 M. arbeiten. Rechnet man das Kapital der einzelnen Gesellschaften im Verhältnis zu der im Betrieb tätigen Arbeiterzahl im Lokomotivbau um, so gelangt man zu dem Resultat, dass ungefähr 80 Millionen Mark im Lokomotivbau der Aktiengesellschaften stehen. Nimmt man die Arbeiterzahl als Maßstab bei Berechnung des Betriebskapitals der Privatwerke, so gelangt man zu dem Schluss, dass in der deutschen Industrie im reinen Lokomotivbau rund 100 Millionen Mark investiert sind. Die nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die Werte, die Zahl der beschäftigten Arbeiter und über das Betriebskapital.

Allgemeine Übersicht über die Lokomotivfabriken Deutschlands, Mitte 1909.

Ort	Firma	Gesamt der Arbeiter zusammen	Arbeiter im Lokomotivbau	Arbeiter in Privatbetrieb gesetzl. in 1000 M.	Wert Aktienkapital-hab.
Berlin	W. Borsig	2908	2228	—	—
	Schwarzloppf	1800	1800	1800	12000
Breslau	Eisenbahnwagenbau- und Maschinenbauanstalt A.G.	1850	1250	—	1250
	Henschel & Sohn	5200	5200	—	—
Cassel	H. Hartmann A.G.	4000	880	—	12000
Chemnitz	H. Hartmann A.G.	1100	825	—	4000
Düsseldorf	Hohenzollern A.G.	5000	2000	2000	—
Ebing	G. Schick	900	500	—	4500
Erlangen	Maschinenfabrik	4500 ^a	200	—	14400 ^a
Gräfenroda	Gläß-Maschinenbauanstalt A.G.	2000 ^a	1174 ^a	1874	8000
Hannover	vorm. Eggers	3248	—	3248	8000
Ibbenbüren	Chr. Hagans	200	200	—	—
Kalkar	Humboldt	2500	510	510	14100
Königsberg	Union-Gießerei	850	800	800	2180
Stettin	Bullan	6688	687	687	10000
München	Krauss & Co.	950	608	—	4800
Nowawes	vorm. Drenstein & Koppel	1859	1640	1640	—
		1855	—	1855	11000
16 Orte	17 Betriebe	46 904	25 100	11 268	18 887
					104 780

^a Die Firma besitzt auch noch ein Gültigkeitsvermögen in Hattingen, in dem 2500 Arbeiter beschäftigt sind. * Mülhausen im Elsass. ^b Graefenroda. ^c 2600000 M. sind außerdem noch als Obligationsschuld vorhanden.

Es ist schon auf die günstigen Bedingungen, unter denen die deutsche Lokomotivindustrie sich entwickelte, verwiesen worden. In den letzten Jahren einer beispiellosen Hochkonjunktur sind gerade auch in dieser Industrie den Unternehmern durch den Bienenstich der Arbeiter Millionen in den Schatz geschüttet worden. Die Geschäftsräume der Aktiengesellschaften, die Ausführungen der Vorstandssitzungen, die der Aktiengesellschaften, die Ausschüsse der Betriebsräte im Jahre 1880 mit 6379 Tonnen im Werte von 6% Millionen Mark betrugen, steigerte sich im Jahre 1908 für Lokomotiven allein auf 49 181 Tonnen im Werte von 61 641 000 M. Die neuen Handelsverträge, die eine Erhöhung der Einfuhrzölle in den Ausfuhrländern brachten, haben nur vorübergehend die Ausfuhr ungünstig beeinflusst. Als Ausfuhrländer für Deutschland kommen hauptsächlich in Betracht Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn, Spanien, Türkei, Argentinien und Brasilien. Nach diesen Ländern wurden Lokomotiven im Jahre 1908 ausgeführt im Werte von 19 104 000 M., 12 671 000 M., 16 890 000 M., 30 890 000 M., 10 865 000 M., 22 038 000 M., 23 683 000 M. Die Fahrzeugproduktion Deutschlands steht sich heute auf über 2000 große und 1000 kleine Maschinen. Die höchsten Konkurrenten sind heute noch die Vereinigten Staaten, England und Belgien. Außer noch einigen Staaten macht sich in letzter Zeit Russland hörbar, zumindest, indem es den russischen Markt für die Konkurrenz anschwält, dann aber auch auf dem auswärtigen Markt.

Diese günstige Entwicklung der deutschen Lokomotivindustrie erklärt wohl hauptsächlich zunächst aus dem steigenden Bedarf, dann aber daran, dass die deutschen Eisenbahnen Staatsbetriebe sind. Der Staat ist für die Lokomotivindustrie ein guter Kunde, er zahlt pünktlich und nicht sofort. Die Auswendungen für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Lokomotiven und Tender auf den deutschen vollständigen Staatsbahnen haben sich seit 1898 verdoppelt. Sie betrugen 1898: 75 712 000 M., im Jahre 1907: 140 169 000 M. Für die Kapitalisten handelt es sich bei der Lokomotivindustrie um eine höhere Kapitalanlage. Eine Preisvereinigung, die sämtliche Lokomotivbaufirmen Deutschlands umfasst und die erst jetzt auf mehrere Jahre verlängert worden ist, zeigt dafür, dass die Preise unter eine gewisse Grenze nicht herabgehen. Das heißt, der Leistung einer erheblichen Gewinnsteigerung auf dem Markt ausweichen und erhöht die Konkurrenzfähigkeit auf dem Auslandsmarkt. Ausländische Konkurrenz kommt auf dem deutschen Markt nicht in Frage. Die Eisenbahnwagenbau- und Maschinenbauanstalt A.G., in Breslau verdoppelte im Jahre 1908 ihren Betriebserfolg von 2 191 215 M. auf 4 191 071 M., verdiente über 8 Millionen Mark für Abschreibungen und verfügte trotzdem noch eine Dividende von 22 Prozent. Daß diese ungeheuren Gewinnsteigerungen auf intensivere Anspannung der Arbeitskräfte zurückzuführen sind, geht aus einer Ausführung in der Generalversammlung der Aktiengesellschaften der Aktiengesellschaften, die Ausschüsse der Vorstandssitzungen, die der Geschäftsräume der Aktiengesellschaften, die Ausschüsse der Betriebsräte im Jahre 1907 von 83 000 M. wurden 109 370 M. an Renten verteilt. Während der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters 1252 M. betrug, erhält ein Ausschüsstagsmitglied 18 228 M. im selben Jahre an Renten. Die Eisenbahnwagenbau- und Maschinenbauanstalt A.G., in Breslau verdoppelte im Jahre 1908 ihren Betriebserfolg von 2 191 215 M. auf 4 191 071 M., verdiente über 8 Millionen Mark für Abschreibungen und verfügte trotzdem noch eine Dividende von 22 Prozent. Daß diese ungeheuren Gewinnsteigerungen auf intensivere Anspannung der Arbeitskräfte zurückzuführen sind, geht aus einer Ausschüsse der Betriebsräte im Jahre 1907 von 83 000 M. wurden 109 370 M. an Renten verteilt. Während der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters 1252 M. betrug, erhält ein Ausschüsstagsmitglied 18 228 M. im selben Jahre an Renten. Die Eisenbahnwagenbau- und Maschinenbauanstalt A.G., in Breslau verdoppelte im Jahre 1908 ihren Betriebserfolg von 2 191 215 M. auf 4 191 071 M., verdiente über 8 Millionen Mark für Abschreibungen und verfügte trotzdem noch eine Dividende von 22 Prozent. Daß diese ungeheuren Gewinnsteigerungen auf intensivere Anspannung der Arbeitskräfte zurückzuführen sind, geht aus einer Ausschüsse der Betriebsräte im Jahre 1907 von 83 000 M. wurden 109 370 M. an Renten verteilt. Während der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters 1252 M. betrug, erhält ein Ausschüsstagsmitglied 18 228 M. im selben Jahre an Renten. Die Eisenbahnwagenbau- und Maschinenbauanstalt A.G., in Breslau verdoppelte im Jahre 1908 ihren Betriebserfolg von 2 191 215 M. auf 4 191 071 M., verdiente über 8 Millionen Mark für Abschreibungen und verfügte trotzdem noch eine Dividende von 22 Prozent. Daß diese ungeheuren Gewinnsteigerungen auf intensivere Anspannung der Arbeitskräfte zurückzuführen sind, geht aus einer Ausschüsse der Betriebsräte im Jahre 1907 von 83 000 M. wurden 109 370 M. an Renten verteilt. Während der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters 1252 M. betrug, erhält ein Ausschüsstagsmitglied 18 228 M. im selben Jahre an Renten. Die Eisenbahnwagenbau- und Maschinenbauanstalt A.G., in Breslau verdoppelte im Jahre 1908 ihren Betriebserfolg von 2 191 215 M. auf 4 191 071 M., verdiente über 8 Millionen Mark für Abschreibungen und verfügte trotzdem noch eine Dividende von 22 Prozent. Daß diese ungeheuren Gewinnsteigerungen auf intensivere Anspannung der Arbeitskräfte zurückzuführen sind, geht aus einer Ausschüsse der Betriebsräte im Jahre 1907 von 83 000 M. wurden 109 370 M. an Renten verteilt. Während der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters 1252 M. betrug, erhält ein Ausschüsstagsmitglied 18 228 M. im selben Jahre an Renten. Die Eisenbahnwagenbau- und Maschinenbauanstalt A.G., in Breslau verdoppelte im Jahre 1908 ihren Betriebserfolg von 2 191 215 M. auf 4 191 071 M., verdiente über 8 Millionen Mark für Abschreibungen und verfügte trotzdem noch eine Dividende von 22 Prozent. Daß diese ungeheuren Gewinnsteigerungen auf intensivere Anspannung der Arbeitskräfte zurückzuführen sind, geht aus einer Ausschüsse der Betriebsräte im Jahre 1907 von 83 000 M. wurden 109 370 M. an Renten verteilt. Während der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters 1252 M. betrug, erhält ein Ausschüsstagsmitglied 18 228 M. im selben Jahre an Renten. Die Eisenbahnwagenbau- und Maschinenbauanstalt A.G., in Breslau verdoppelte im Jahre 1908 ihren Betriebserfolg von 2 191 215 M. auf 4 191 071 M., verdiente über 8 Millionen Mark für Abschreibungen und verfügte trotzdem noch eine Dividende von 22 Prozent. Daß diese ungeheuren Gewinnsteigerungen auf intensivere Anspannung der Arbeitskräfte zurückzuführen sind, geht aus einer Ausschüsse der Betriebsräte im Jahre 1907 von 83 000 M. wurden 109 370 M. an Renten verteilt. Während der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters 1252 M. betrug, erhält ein Ausschüsstagsmitglied 18 228 M. im selben Jahre an Renten. Die Eisenbahnwagenbau- und Maschinenbauanstalt A.G., in Breslau verdoppelte im Jahre 1908 ihren Betriebserfolg von 2 191 215 M. auf 4 191 071 M., verdiente über 8 Millionen Mark für Abschreibungen und verfügte trotzdem

Aus Amerika.

Von Chazin.

XI.

Am goldenen Tor.

Der amerikanische Gewerkschaftsmann beweist mit Stolz San Francisco, denn diese ist eine der stärksten, wenn nicht die stärkste Hochburg des Unionismus. Von jeher schlug hier die Arbeiterbewegung hohe Wellen. Und heute steht die Stadt mit zahlreichen Gewerbevereinen und den besten durch Berufsgänge gelegten Löhnen obenan. Ohne Zweifel half hier die Kunst der Verhältnisse in hohem Grade mit. Die Arbeitselemente, die sich am goldenen Tor zusammenfanden, hatten ihre Tatkraft und ihre Unternehmungslust, ja Waghalsigkeit schon durch die Reise über die Prärien oder um das Kap bewiesen. Sie kamen, um in den rauhen Felsenläufen oder Sandwüsten nach Mannon und Gold — beides ein Begriff für den Yankee — zu graben. Ob sie nun ihre Hoffnungen erfüllt haben oder nicht, sie kamen alleamt eine Zeit lang oder bauernd in das vortreffliche Zentrum an der Bat. Die Glücklichen, um das Erworbene zu genießen; die Erfolglosen, um neue Pläne zu schmieden oder Arbeitsgelegenheit zu suchen. Ihre im rauen Kampf gewonnenen Erfahrungen, die umstehenden Staaten ihre eile Geistung, indem sie ihre Erfahrungsbücher in die lachenden Gesilde am Stillen Ozean abschoben. Alles gebot der Ozean gebietserhaltend. Vor ihnen lag das unendliche Meer, hinter ihnen Sandwüste und Entfernung. Sie mussten also bleiben. So mischten sich am goldenen Tor Ehrliche und Unehrliche, Gernsunde und Kranken, Glücksvölker und Pechvölker, Idealisten und Verbrecher, wadere Arbeiter und Lumpenproletarier zu einem Brei, der die wiederholten extremen Wechsel auf politischem und moralischem Gebiet hervorbrachte und erträglich macht.

Aber daneben zogen auch „unerschöpfliche Bürger“ in hellen Häusern nach dem „Paradies“ am Stillen Ozean. Dessen herrliches Klima zwang nicht so sehr zur Suche nach einem schlüpfenden Daß, und das Gold, das die Goldsucher dahin brachten, ließ auf leichte Beute hoffen. Das „Paradies“ zog später auch körperlich Schwache und Kranken an, denn wenn irgendwo, konnten sie hier passende Beschäftigung finden. Weiter beweisen die umstehenden Staaten ihre eile Geistung, indem sie ihre Erfahrungsbücher in die lachenden Gesilde am Stillen Ozean abschoben. Alles gebot der Ozean gebietserhaltend. Vor ihnen lag das unendliche Meer, hinter ihnen Sandwüste und Entfernung. Sie mussten also bleiben. So mischten sich am goldenen Tor Ehrliche und Unehrliche, Gernsunde und Kranken, Glücksvölker und Pechvölker, Idealisten und Verbrecher, wadere Arbeiter und Lumpenproletarier zu einem Brei, der die wiederholten extremen Wechsel auf politischem und moralischem Gebiet hervorbrachte und erträglich macht.

In harter Zeiten kam es, wie leicht begreiflich, zu Revolten, die satten Bürger durch Einsetzung von Ordnungsausschüssen (Vigilance Committees) mit transportablen Galgen zu dämpfen versuchten. Im Parkmuseum zu San Francisco hängen einige Rupserschäfte, die Hinrichtungen von Räubersführern veranschaulichen. Sie so verschieden gearteten Elementen brachten alle ein hohes Maß von Intelligenz, Talent und Tatkraft mit, womit sie, im guten oder im schlechten, kräftig tuckerten. Wo und wann sie sich auch zeigten, Lebensfröhlichkeit und Unternehmungslust zeigten sie immer. Besonders wurden sie von dem Streben nach Gold beherrscht. Der lange Besitz wurde ohne Zögern für die Erringung von größeren eingesetzt. Spleißt und Wetten waren an der Tagesordnung. Und auch heute noch.

In San Francisco wird jede siebente Ehe geschieden. Die Verbrechen sind so zahlreich, daß man kaum noch davon Notiz nimmt. So ähnlich jeden dritten Tag wird einer totgeschlagen, jeden zweiten Tag einer von der Straßenbahnen überfahren. Brutalen Polizei und Militär gibt's zuweilen Scharmützel. Vor einiger Zeit mußte die ganze Polizeimacht auszüpfen, um den Vaterlandverteidigern die vom Onkel Sam gratis geschenkten Rebellen abzunehmen. In den Abendstunden wandern die Marsjünger scharenweise an meinen Fenstern vorüber, ihre eiligen Schritte nach der Chinatown, dem Quartier der Prostitution lenkend. Die an der nächsten Ecke befindliche Kneipe zu betreten wurde ich schon am Tage meines Einzuges gewarnt, weil — Soldaten darin verkehrten. Ein Beweis, wie hoch die Soldaten eingeschätzt werden.

Doch es sollte von den Gewerkschaften und den Arbeitsbedingungen gesprochen werden. Mit dem Jahre 1877 brach die Krise in ihrer ganzen Stärke über die Westküste herein. Die Stadt San Francisco war voll hungriger Arbeitslosen. Die öffentlichen Organe taten nichts zur Linderung der Not. Der arme Teufel, der, um seinen Hunger zu stillen, sich an fremdem Gute vergriß, wurde drakonisch bestraft. Die Freiheit und Ausbeutungswut der Eisenbahngesellschaften war nicht mehr zum Aushalten; die „Legislatur der ersten Classe“ elkte jeden ehrlichen Mann an; die Korruption der Justiz konnte nicht mehr beschrieben werden. Der allgemeine Unwill, aufgespukt durch harte Not, suchte nach einem Wortführer. Dieser fand sich bald in dem Matrosen. Kearny. Dieser Iränder stellte den niedrigsten Typus eines Agitators dar. Blum in der Rede, kurzfristig in Politik und reaktionär in den Zielen, entsprach er nur zu gut seiner Gefolgschaft. Immerhin, er sammelte die unzufriedenen Arbeiter in einem Gewerbeverein. Als die Ursachen der Krise glaubte er, die Chinesen seien an allem Unheil schuld. (Heute glauben seine Nachtreter, die Japaner seien es.) Gegen die Söhne des Reiches der Mitte wandte er seinen dünnen politischen Verstand und seine starke Stimme. Sein Ceterum conseco, mit dem er allabendlich seine Rede schloß, war: Was immer kommt, der Chinaman muß hinunter. Damit der allgemeine Unzufriedenheit und Uneinigkeit in den bürgerlichen Parteiengremien wuchs der Einfluß der „Sandgrubenpartei“ — so genannt, weil sich die Arbeiter jeden Abend in einer Sandgrube vor der Stadt versammelten — soweit, daß sie die Staatslegislatur bedrohten und die Aenderung der Verfassung durchdrückten. Gewiß wurden die Vertreter der Sandgrubenpartei überlistet, wenn nicht aufgekauft. Immerhin brachten sie gesetzgeberische Maßnahmen zusammen, von denen die Hauptfache die Beschränkung der Macht der Korporationen und ihre stärkere Heranziehung zur Steuerleistung war. Bekanntlich war es auch Henry George, der am goldenen Tor zuerst die Trommel rührte und hier sein erstes Blatt gründete.

Selbst der Zeit der Sandgrubenpartei haben die Unionen wiederholt höhere Flug genommen. Ihr Einfluß ist die ganzen Jahre hindurch zu fühlen gewesen. Ihre Stellung konnten sie halten dank der Tatkraft der hier angekommenden proletarischen Elemente und dank des regeren Ganges von Industrie, Handel und Handelswirtschaft. Heute kann sie den meisten Städten Amerikas in Bezug auf Stärke und Einfluß auf den Arbeitsvertrag zum Vorbild dienen.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von San Francisco zerfallen in zwei Haufen, von denen ein jeder eine besondere Jurisdicition und Zeitung hat. Die Bauarbeiter haben ihr eigenes Kartell (Building Trades Council), die anderen Arbeiter sind im Arbeiterkartell (Labor Council) vereinigt. Das Einvernehmen zwischen beiden läßt proletarische Solidarität nur zu oft vermissen. Die Bauarbeiter sind die „Aristokraten“, und sie sind nicht wenig stolz darauf. Ihre Löhne sind bedeutend höher als die der anderen Arbeiter, sie sind am konformistischen; betrübende Zwistigkeiten entstehen bei ihnen öfters, entstehende Leichtfeindschaft mit dem Unternehmertum sind bei ihnen höchstliche Vorkommnisse. Feigheit und Rassiererflucht bildet ein unerschöpfliches Thema und sie stellen die bestossen Rennen der berühmten Unionpartei. Die Löhne der Bauarbeiter schwanken zwischen 4 und 7 Dollars für acht- oder neunstündige Arbeitszeit. Zum Beispiel haben die Zimmerleute einen Minimallohn von 4 Dollars,

die Schlosser in der Werkstatt 6, auf dem Bau 3 Dollars; ebenso die Goldarbeiter und andere. Das ist kein vertragliches Mindestlohn. Oft sind die Löhne noch höher. Nur Bau ist die offenkundige, der Werkstatt die unumstößliche Arbeitslöhne allgemein.

Einem Kampfe um die Aufrechterhaltung einer Erhöhung der Löhne geben die Bauarbeiter nicht aus dem Wege. Die Werkstätten sind ihnen viel günstiger als den anderen Branchen. Der koloniale Charakter des Landes bringt einen freien und zahlreichen Menschenstrom, der die Nachfrage nach Löhnen so fortwährend regt hält. Dann fördern die liberalen Bauart und die künftigen Feuerbrünste die Arbeitsgelegenheit. Der Bauunternehmer kann auch nicht, wie etwa der Maschinenfabrikant, im Steckfall fertige Produkte aus nicht organisierten Gegenden herausschaffen. Das trifft für ganz Amerika zu. Für San Francisco kommen noch besonders das Grobden (1908) und die starke Entwicklung der Industrie und Handelswirtschaft hinzu. Auf die Einhaltung der Unionssätze und der Verdüsse mit den wohlorganisierten Unternehmertum wird streng gedrungen. Ein Arbeitnehmer ohne Unionkarte kommt auf keinen Bau, wenn der Unternehmer sein Werk nicht allein fertigmachen will. Überzeitarbeit auch höher, meistens doppelt bezahlt werden. In dem Statut der Gewerkschaft der „Electrical Workers“ (Electrical Mechanics) — ich will hier nur unsere Branchen nennen — heißt es: „Wird die Einlösung der Arbeitskarte (pro Vierteljahr 8 \$) unterlassen, so hat der Unionssatz zu wirken, doch das betreffende Mitglied (wörtlich: Deinquin et) von jeder Arbeit entfernt wird, an der es beschäftigt sein mag.“ Samstags ist um 12 Uhr Feierabend, Überzeit- und Nachtarbeit ist doppelt zu bezahlen. Auf den Gesellen darf nur ein Handlanger kommen (die auch organisiert sind). Für Montagen über Land beginnt die Arbeitszeit mit der ersten Fahrtzeit nach 8 Uhr morgens. Der Minimallohn ist 5 Dollars für acht Stunden. Das Eintrittsgeld in die Union ist 40 Dollars, für Lehrlinge 25 Dollars.

In den Sitzungen der (Bau-) Elektriker heißt es: „Jeder Kollege muß das Gewerkschaftsabzeichen (Knopf) tragen. Wer ohne dieses ist, muß innerhalb 24 Stunden dem Gewerkschaftsbeamten anzeigen gelassen werden. Die Unterlassung wird mit einem Dollar gebläßt. Jedes Mitglied muß dem andern am Bahnhof seine Lohnzeiten zeigen. Wer sich weigert, wird mit 5 Dollars bestrafen. Der Lohn für die Kompetenzprüfung ist 3,50 \$, für die Maschinenvorarbeiter 4 \$, für die Drahtseiler 3,75 \$, für die Kabelarbeiter (unterirdisch, Starkstrom) 4,50 \$ und (Schwachstrom) 3,50 \$.

Die Arbeitszeit der Klempner liegt zwischen 8 Uhr morgens und 5 Uhr nachmittags. Auf keinen Fall darf die Arbeit vor 8 Uhr begonnen werden. Der Minimallohn der Gesellen ist 5,50 \$ pro Tag und der Lohn ist zu zahlen am Samstag mittags um 12 Uhr. Von dieser Stunde an gilt die Überzeitlöhne (doppelter Lohn). Durch die Bestimmung: „Lohn ist in bar zu zahlen“, wird einem großen Unzug, der Zahlung in Antwürfen, gesteuert, die in der Praxis glatter Betrug sind oder auf Kundenlang für Banken von fragwürdiger Beschaffenheit hinausläuft und immer aber für den Arbeiter Schererei und Verlust bedeuten. Nebenbei bemerkt ist es dem Arbeiter in Amerika unmöglich, Lohnforderungen prompt einzulegen. Auch weiß er oftmals nicht, für wieviel Zeit oder Aufwand er entlohnt ist. Lohnzettel mit detaillierten Aufzeichnungen gibt es nicht. Auskunft ist schwer, und wo fremde Arbeiter sind, gar nicht zu erhalten. Die Unternehmer verlieren fortwährend Betrag an den Arbeitern, denn diese machlos gegenüberstehen. Gewerbegeister sind nicht vorhanden und die Beschreibung des ordentlichen Rechtswegs ist für den Arbeiter gleichbedeutend mit der Gang zum Pfefferland.

Zu Nutz und Frommen der deutschen Bauarbeiter stehen einige Daten aus den Arbeitsregeln und Sitzungen ihrer organisierten Kollegen am goldenen Tor herhergeholt: Der Lohn ist für Acht oder Neunstundentag 4 \$ für Werkstätten und 5 \$ für Bauarbeiter, der Helfer hat 3 \$, der Lehrling anfangs 1 \$ und nach 3½ Jahren 3,50 \$. Die Gewerkschaft verbietet Stückarbeit aller Art. Wer dieses Gebot übertritt, hat 25 \$, im Weiberholungsfall 100 \$ zu zahlen. Der Geselle, der als Helfer geht, wird mit 25 \$, und der Helfer, der als Geselle pustet, mit 20 bis 100 \$ belohnt. Der bauarbeitende Geselle, der am Morgen vor 7,45 Uhr zum Werkzeug- oder Materialholen in die Hude geht, muß 25 \$ abladen. Das Mögliche, das Geschenken an Meister oder Unternehmer das Wort redet, oder Geld hält sammelt, hat diese proletarische Entwürdigung mit 5 \$ zu büßen. Auf vier Gesellen muß ein Vormann kommen, der mindestens einen Dollar pro Tag mehr Lohn erhalten muss.

Die dem Arbeiterkartell (Labor Council) angeschlossenen Gewerke sind nicht so glücklich wie ihre Klassenbrüder vom Bau. Ihre Berufe (Schneider, Bäcker, Fleischer, Köche etc.) sind schwer zu kontrollieren und sie haben es mit einem zahlreichen Zustrom von ungelehrten und fremden Arbeitern zu tun. Immerhin können auch sie sich mit ihren Löhnen getrost neben die der anderen Städte stellen. Zum Beispiel haben die Maschinenschlosser — es sei wieder nur die Metallbranche zitiert — einen Minimallohn von 3,50 \$ und die Formier von 4 \$. Die Metallarbeiterbranchen sind noch im Verbunden im Kartell der Eisenbranchen (Iron Trades Council) verbunden, der die Behörde für den Abschluß der Verträge mit der Organisation der Unternehmer ist. Nach einem vor einiger Zeit getroffenen Abkommen wird die Arbeitszeit vom 1. Dezember 1908 an jedes halbe Jahr um 15 Minuten reduziert, so daß die achtstündige Arbeitszeit im Jahre 1910 allgemein sein wird. Nur leider gibt es hier, wie überall, diese vorbrüderliche Unternehmer, die die unterzeichneten Verträge nicht erfüllen. Wenn sich die Lage der Betriebe wieder feststellt, haben es sich diese Wortschreiber selbst zuschreiben, wenn bei ihnen die Gardearbeit des Profites ohne Arbeiter von statthen gehen muß.

Die eben gegebenen Zahlen haben nicht nur für diese Stadt allein, sondern auch für die weitere Umgebung von San Francisco Gültigkeit. In der südländischen Metropole Kaliforniens, in Los Angeles, sind die Verhältnisse allerdings viel weniger glücklich. Dort steht der Arbeiter am Samstag mindestens sechs Vollstunden weniger in seinem Betrieb als sein Berufskollege am goldenen Tor.

Friede in der Hanauer Edelmetallindustrie.

Nachdem alle Versuche, eine friedliche Einigung mit den Unternehmen der Hanauer Gold- und Silberwarenfabriken herzustellen, gescheitert waren und die Arbeiter bereits zum letzten Mittel, der Kündigung ihres Arbeitsvertrages, begriffen hatten und nachdem auch während der Kündigungsfrist die Unternehmen keine Worte mehr, mit sich reden zu lassen, ja selbst ein Vermittlungsvorschlag des Oberbürgermeisters von Hanau am Widerstand scheiterte, so daß wir uns angefischt dessen bereits eingerichtet hatten auf einen langen und heftigen Kampf — kam plötzlich und unvermittelt die Nachricht, daß die Unternehmer nun doch verhandeln würden. Und wußtig. Nach einer in Heidelberg abgehaltenen Sitzung des Vertragskartells der Betriebsverträge der Deutschen Edelmetallindustrie und verwandter Industriezweige erhielten wir die Nachricht, daß die Unternehmer bereit seien, über die Beliebung der Hanauer Differenzen mit uns zu verhandeln. Diese Verhandlungen fanden statt und führten zu einer Einigung, die noch über die Grenzen von Hanau hinaus von weitläufiger Bedeutung für die

Industrie sein wird. Zum Verständnis der ganzen Sache ist es nötig, Urheben und Verlauf der Hanauer Differenzen zu schließen.

Im Jahre 1908 wurde noch längere und eingehenderen verhandlungen Verhandlungen für die in den Gold- und Silberwarenfabriken der Hanau beschäftigten Arbeiter ein Vertrag vereinbart, der für alle Betriebe eine eingetaktete Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse brachte. Es wurden zwar nicht alle Brüder und Hörbierer der Arbeiter erfüllt, aber im Grunde auf den Vorrat einer einzehligen Durchführung und die vertragliche Sicherung des Gehobenen fallen und erhalten dazu auch die Zustimmung der Arbeiter. Der Vertrag wurde zwischen den beiden Organisationen abgeschlossen. Der Betrieb wurde zwischen den beiden Organisationen abgeschlossen, als Vertreter der Unternehmer, und dem „Deutschen Metallarbeiter-Verband“ als Vertreter der Arbeiter. Beide Organisationen verpflichteten sich im Vertrag zur Überwachung und strikten Durchführung der Vertragsbestimmungen. Diese Verpflichtung hatte für Unternehmen wie Arbeiter großen Wert, weil beide Teile fast vollständig organisiert waren, so daß diese Regelung eine Sicherung des gewerblichen Friedens für die gesamte Edelmetallindustrie Hanau war. Besonders für die Arbeiter war durch diesen Vertrag die Garantie einheitlicher Arbeitsverhältnisse in allen Betrieben gegeben.

Als daher zwei Jahre später, im Jahre 1910, der Vertrag ab-

nicht erfüllten Wünsche zu wiederholen, liegen aber auch diese fallen,

nachdem die Unternehmer erklärt, daß die schlechten Konjunktur-

verhältnisse die Erfüllung dieser Wünsche nicht zuließen. Der Ver-

trag jedoch, einige Bestimmungen des Vertrages in für die Arbeiter

entlasten auszulegen. Über die von den Unternehmern ver-

langte Belebung des Vertrages überhaupt zu erhalten; auf

jeden Fall verlangte sie aber, daß die über die Pfarrheimer Verhäl-

fälle herausgehenden Vergütungen für die Arbeiter aus dem Ver-

trag herauskommen. Die Vertreter der Unternehmer bewiesen zwar an der Hand einer von Ihnen vorgenommenen Statistik, daß dieser Punkt für sie keine großen Ausgaben verursacht habe und gaben auf den Einwand der Arbeitervertreter hin auch zu, daß die Hanauer Unternehmer nichts gegen die Belassung dieser Bestimmung im Vertrag haben würden, aber der Zentralvorstand des Arbeitgeberverbandes in Pforzheim verlangte unter allen Umständen die Belebung dieser Bestimmung. Die Vertreter der Hanauer Unternehmer hätten sich selbst bemüht und wären entschieden für die Belassung dieser Bestimmung eingetreten, aber umsonst! Es sei schon sehr schwer gewiesen, die Zustimmung der Zentrale des Arbeitgeberverbandes zum nochmaligen Abschluß des Vertrages überhaupt zu erhalten; auf jeden Fall verlangte sie aber, daß die über die Pfarrheimer Verhäl-

fälle herausgehenden Vergütungen für die Arbeiter aus dem Vertrag herauskommen.

Erst als die Arbeitervertreter dann einwanden, daß sie an der Forderung der Aufrechterhaltung aller Bestimmungen des bisherigen Vertrages festhielten, daß die Einigung der Hanauer Unternehmervertreter eine Rechtfertigung für die Stellung der Arbeiter bedeute und daß, wenn es über diese Bestimmung zum Krieg komme, Beteiligte wie Unbeteiligte es nicht begreifen würden, wie über eine Sache, deren Berechtigung bereits anerkannt ist, über die Unternehmer und Arbeiter in Hanau einig seien, in Hanau der gewerbliche Friede gesetzt und ein die dortige Industrie schwer schädigender Kampf geführt werden müsse, nur weil man von Pforzheim aus den Hanauer Unternehmern vorgezeichnet habe, in diesem Punkte gegen ihren eigenen Willen ein den Arbeitern vor Jahren bereits gegebenes Recht wieder zu nehmen, erst dann erklärten die Vertreter der Unternehmer sich bereit, bei der Pforzheimer Zentrale nochmals um ihre Zustimmung zur Belassung dieser Bestimmung vorstellig zu werden.

Es kam dann einige Wochen später zum Abschluß des Vertrages auf der alten Grundlage, jedoch nur auf ein Jahr, bis zum 1. Juli 1909, trotzdem die Arbeitervertreter vorschlugen, ihn wieder auf zwei Jahre auszuschließen. Dem wurde entgegengestellt, daß die Zentrale in Pforzheim einen Abschluß auf längere Zeit nicht gestatte, weil sie im Jahre 1909 die Verträge in der Hand hielten und befehligen sollten.

Als nun in diesem Jahre die Zeit des Vertragsablaufes wieder herannahm, beschlossen die Vertraulichkeiten der Arbeiter nach eingehender Beratung der Situation, auch in diesem Jahre von weitergehenden Forderungen Abstand zu nehmen. Maßgebend war für die Arbeiter bei ihrer Stellungnahme die allgemeine Geschäftslage, die die letzten zwei Jahre hindurch nicht zum besten gewesen und erst neuerdings anfangt, sich etwas zu heben. Daher beschränkten sich die Arbeiter trotz der ganz nemmerswerten Versteuerung ihrer Lebenshaltung und trotz der durch die beschlossenen neuen Steuern und Abgaben zu erwartenden Mehrbelastung auf die Forderung des alten Vertrages in seiner bisherigen Form.

Die Arbeiter wandten sich nur zunächst an den Arbeitgeberverband mit der Anfrage, ob er aus Anlaß des Vertragsablaufes zu mündlichen Verhandlungen bereit sei. Der Arbeitgeberverband antwortete darauf in folgendem Schreiben:

Arbeitgeberverband der Hanauer Edelmetallindustrie. Hanau, 19. Juni 1909.

Herr Fritz Ehrlé, Frankfurt a. M.

Auf Ihre Anfrage vom 11. or. zurückkommand, teilen wir Ihnen ergeben mit, daß, wie Ihnen auch im vorigen Jahre bereits anlässlich unserer letzten Vertragsverhandlungen bekanntgegeben, wir nach vorliegenden Beschlüssen der Vereinigung von Arbeitgebern der Deutschen Edelmetallindustrie und verwandter Industriezweige, sowie unseres Verbandes, von der Erneuerung des bestehenden oder dem Abschluß eines neuen Vertrages abzusehen genötigt sind.

Hingegen haben wir für die Normierung der Arbeitsbedingungen eine Arbeitsordnung ausgearbeitet und in diese, in entsprechender Formulierung, alle Regelmäßigkeiten aufgenommen, welche der seitliche Vertrag enthält. Diese Arbeitsordnung soll nach Einholung der behördlichen Genehmigung an die Stelle eines solchen Vertrages treten. Wir überreden Ihnen anbei ergebenst einige Abbilder des von unserer Generalversammlung gefestigten und genommenen Entwurfes der Arbeitsordnung und bitten Sie höchstlich um Ihre schriftliche Meinungsäußerung. Hinsichtlich des Schiedsgerichts bemerken wir ausdrücklich, daß dasselbe nach wie vor bestehen bleibt und ein Hinweis hierauf kann jedoch in einer Arbeitsordnung keinen Raum finden.

Hochachtungsvoll

Arbeitgeberverband der Hanauer Edelmetallindustrie.

Der Vorstand: Karl Glaser.

Der Geschäftsführer: Dr. phil. Grambow.

Da die Arbeiter gegen diese Regelung auf Grund der im Jahre 1908 gemachten Erfahrungen schwere Bedenken hatten, beschlossen sie, ein Eingehen auf diesen Entwurf einer Arbeitsordnung abzulehnen, wenn der Arbeitgeberverband keine ausreichende Begründung für seine Stellung geben könne. Vor allem aber kam es den Arbeitgebervertretern darauf an, nach Ablauf des

Korrespondenzen.

Former.

Schleiberg i. Riesengebirge. In der Metallgleicheret von Georg Oberst zum Vorarbeiter ernannt wurde, mäßliche Strafe. Nicht genug damit, daß er seine früheren Mitarbeiter forttrieb und unterdrückte und zu unterdrücken suchte, sonm er im Feste des Monats August an die Formere heran und suchte seinen Amtskauf aufzutragen. Da aber der Amtskauf so gestellt war, daß die Formere ihren Sohn nicht hätten erreichen können, wurde das Anstreben energetisch zurückgewiesen. Nun begann erst recht die Schikanen. Den Gußbisher 4 h nur 2 h für das Kilo bezahlt wurden. Alle Kollegen, 9 an der Zahl, waren organisiert, und zwar 8 im Fabrikarbeiter- und 8 im Metallarbeiter-Verband. Es wurde beschlossen, eine Versprechung unter Zugestellung der betreffenden Vorstehenden abzuhalten. In dieser wurde beschlossen, dem Chef durch eine Kommission die Wünsche zu unterbreiten. Der Chef erklärte, für plüntrliche Lohnzahlung und anständige Behandlung Sorge tragen zu wollen, den 50prozentigen Abzug erklärte er aber unter keinen Umständen zugänglich machen zu wollen, da er zu sehr mit der Konkurrenz zu rechnen habe. Da keine Einigung zu erzielen war und die Gußarbeiter auf die Strafe gefestigt werden sollten, erklärten wir uns solidarisch und reichten alle die Klärung ein. In der Klärungsfrist wurde wiederholt versucht, Uneinigkeit zwischen den Kollegen zu stiften, was aber nicht gelang. Oberst, der bei den Leipzigischen Kollegen in gutem Ansehen steht, spielt jetzt eine sonderbare Rolle. Anfangs dieses Jahres wurde dem damaligen Meister W. Rothert vom Chef wiederholt gefragt, er solle Oberst hinausschmeißen, da er sonst seine Rundschau verlieren. Noch vor kurzem wurde Oberst vom Chef in Gegenwart von Zeugen so bloßgestellt, daß es uns wundert, wie der Chef jetzt sagen kann, er könne Oberst nicht entlassen, er hängt so an mir. Um nun einen Erfolg für die ausständigen Formere zu haben, fertigte Oberst Gipshälfte, um durch Arbeiter, die er anernt, wenigstens etwas herzustellen. Seit dem 19. September stehen wir im Stich. Trotzdem sich schon einige Arbeiter als Staatsreicher eingefunden haben, hoffen wir auf Erfolg. Durch Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft sollen die Streitenden eingeschlägt werden, wie es bereits in einem Falle geschehen ist. Wir sehen aber den Ausgang der Sache mit aller Ruhe entgegen.

Metallarbeiter.

Braunschweig. In Nr. 40 des Regulators ist ein langer, künstlich aufgebauter Bericht über eine Angelegenheit in der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt erschienen. Seit dem 1. Mai dieses Jahres walte in diesem Betriebe ein aus Erfurt geholter Schlossermeister Wessnöschel in seinem Amt, der schon kurz nach seinem Eintritt wegen Amtsbürgeln mit den Arbeitern in Differenzen geriet. Dazu nahmen die Kollegen in einer Werkstattversammlung, in der Kollege O. Hammerschmidt referierte, Stellung. Das Resultat dieser Versammlung war die Annahme folgender Resolution: „Die am 4. Juli 1909 im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Arbeiter der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Hammerschmidt voll und ganz einverstanden. Die Versammelten protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die im Werk bestehenden, die Arbeiter bedrückenden Missstände und ersuchen die Organisationsleitungen, geeignete Schritte zur Beendigung dieser unzulässigen Zustände zu unternehmen. Die Versammelten erklären weiter, nicht zu ruhen und zu rasten, um auch die letzten der noch abzufertigen modernen Arbeiterorganisationen stehenden Mitarbeiter heranzuholen und diese den diesbezüglichen modernen Verbänden anzugehören.“ Da diese Resolution einstimmig zur Annahme gelangte, hielten es die Organisationsleitungen für angebracht, nunmehr der Direktion einen genauen Bericht über die Missstände auszufordern. Darin wurde gesagt: Es sind mehrfach Klagen laut geworden über das Verfahren, das bei der Einstellung von Arbeitern zur Anwendung kommt. Den Leuten werde, wenn sie eingestellt sind, sofort bedeckt, so und so lange auszuführen. Am 18. Juni 1909 wurde ein Arbeiter eingestellt und ihm bedeckt, am 24. Juni 1909 anfangen. Er arbeitete bis zum 27. Juni 1909 und mußte nachdem wieder 14 Tage auslegen. Ein zweiter Arbeiter wurde am 15. Juni 1909 eingestellt, erhielt sofort den Bescheid, bis zum 24. Juni auszuführen. Ein dritter Arbeiter wurde am 9. Juni eingestellt, er fing erst am 24. Juni an zu arbeiten und mußte nochmals wieder auslegen. Ein vierter Arbeiter wurde am 9. Juni eingestellt, der noch heute (17. Juli) auf seinen Arbeitsanfang wartet. Die Arbeiter, die das Glück haben, in Lohn und Brodt zu kommen, haben dann in der Regel erst getoßne Reinigungsarbeiten zu verrichten, um die ihnen zugesetzten Maschinen und Werkzeuge in einen gebrauchsfähigen Zustand zu bringen. Für diese doch notwendigen Arbeiten erhalten sie eine zu geringe Bezahlung, indem, um nur ein Beispiel anzuführen, ein Arbeiter für 23½ Stunden die Summe von 2,76 M. ausbezahlt erhält. Anstatt die Arbeiter mit den Abzügen in ihrem Einkommen zu schmälern, sollte etwas mehr Wert auf sachgemäße Anordnungen gelegt werden, damit Fälle der nachfolgenden Art nicht passieren. Es waren Kesselböden zu bohren, und zwar 62 Millimeter. Da diese Bohrweise nicht auf einmal erzielt werden kann, ordnete Meister Wessnöschel an, daß mit 20 Millimeter vor- und mit dem Zapfenloch dann ausgebohrt wird. Für diese Arbeit hat er den Arbeitern die Hälfte des bisherigen Preises, nämlich 3 h pro Brodt. Um bei diesem Preis noch Geld verdienen zu können, ordnete er weiter an, daß mit dem schnellsten Gang die Vorbohrung geschieht und die Aufbohrung mit dem zweiten Gang vorzunehmen ist. Das Resultat dieser genialen Anordnung war, daß innerhalb 10 Stunden 14 neue Spiralbohrer à 3,40 M. in der Werkzeugwerkstatt lagen, um zu Zapfenbohrern umgearbeitet zu werden. Allein bei diesem Schaden ist es nicht geblieben, indem durch diese ungünstige Arbeitserlei auch die beiden Maschinen derartig zerstört worden sind, daß zwei Reparaturflosser 2½ Tage zu tun hatten, diese Maschinen weder in gebrauchsfähigen Zustand zu versetzen. Ferner klagten sich die Arbeiter darüber, daß ihnen die Einsicht in die Lohnbücher nicht gestattet wird. Dieser Zustand bedeutet unwechselhaft einen Verstoß gegen die im Jahre 1906 abgeschlossenen, auch von der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt anerkannten Einstigungsbedingungen. Auch sind Klagen darüber laut geworden, daß verucht wird, den Gefellen die Lehrlingslöhne aufzubördern, indem erläßt wird, die Accorde seien von vornherein auf die Mitbezahlung der Lehrlinge zugeschnitten. Ein Zustand, der von jedem einstüfigen Menschen als unhalbar bezeichnet werden muß. Wenn die Braunschweigische Maschinenbauanstalt sich mit Lehrlingsausbildung befaßt, so muß das eben auf ihre Kosten geschehen, sie soll die ohnehin schon um ihr Brot ringenden Arbeiter verschonen. In bezug auf die Behandlung wird offiziell Magie darüber geführt, daß namentlich Meister Wessnöschel Titulaturen zur Anwendung bringt, die dem Tierreich entnommen sind. Schafkopf, Rindstich, Kanamel, sind jo die geläufigsten Titel, mit denen er seine Autorität zu wahren glaubt. Es dürfte diesem Herrn nicht schaden, wenn ihm nahegelegt würde, doch von dieser seiner Umgangsart abzugehen, zumal dadurch ein gegenseitiges Achten nicht erzielt werden kann, worunter am letzten Ende das ganze Geschäft zu leiden hat. Erst in letzter Zeit sind Brichtungen von Lehrlingen zu beobachten gewesen, die geradezu in Misshandlungen ausgearbeitet sind und die ein für allemal untersagt werden müßten.

Betreffs der Wascheinrichtung wird offiziell ebenfalls gellagt, daß diese sehr verbesserungsbedürftig sei. So sei die Spülung höchst unregelmäßig. Bald kommt zu viel Wasser, bald ist nichts zu haben, bald ist es zu heiß, bald ist es kalt, so daß viele Arbeiter es vorziehen, lieber mit dem Schmuck nach Hause zu gehen. Ferner wünschen die Arbeiter, daß dem Verstandesdenken Einhalt geboten werden möge. Darunter haben namentlich die Sicherheitsarbeiter schmerz zu leiden, indem diese schon bis zu 22 Stunden ununterbrochen an den Betrieb gefestelt gewesen sind. Nach wird dringend gewünscht, die Transportmittel

und die Fahrzeuge in gutem gebrauchsfähigem Zustande zu erhalten. Erst in letzter Zeit hat es sich erzeigt, wonach gefährliche Situationen geschaffen werden können, wenn nicht genügende Vorsicht auf die Fahrzeuge und Transportmittel gelegt wird. Von den Formeren ist gewünscht, daß ihnen bei ihrer schweren Arbeit die im Betrieb nicht erlaubt, wenn einmal eine Brandstiftung vorkommt, daß sie sich auf Verstärkungen mit Unbedinglichkeit nicht einspielen können. Nach dieser Antwort wurde zunächst eine Betriebsversammlung einberufen, in der eine Kommission von 8 Mann gewählt wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion, die sich auf dem Standpunkt stellte, von der Kommission und versprach, dort und da Abschüsse zu schaffen. Dieser Bericht wurde, um auf Grund der gemachten Eingabe zu verhandeln. Am 29. Juli erließ dann die Kommission Bericht über die Verhandlung mit der Direktion

Verhandlung hätte Kollege O. V. nach Anzugungen sollen, daß er in der 2. Versammlung sollte zwei Stunden, wenn möglich noch länger, mit behaglicher Freizeit die Reden zu erzielen hat, obgleich auf den Rufen der Gäste befürchtet einzugehen. Und es ist die „Übergröße Wichtigkeit“ derjenigen Kollegen eben seine Geschäftsgüter sind und die Lektüre des Kollegen Voss ganz richtig einladend, die der gute Waldhans Bräutiger anwenden möchte, das mit die Rentzumabgeordneten nicht zu A. am Vormittag sonntags besuchten. Nur so zum Zwecke, durch längst Reden die Kollegen einzuladen in der 2. Versammlung den Antrag lebte an, die Redete für alle Redner auf 15 Minuten zu beschränken. Verner hält es in den „objektiven“ Bemerkungen des Kollegen O. V. „Auf Grund bestens und weil die Versammlungsmehrheit aus der Diskussion erkannt hatte, daß die von Seberr gegen den Vorstand erhaltenen Vorwürfe nicht schriftlich sind und da sich zeigte, daß sie von Seberr in der 1. Versammlung eingebrachte Resolution nicht annehmen würde, zog Seberr diese Resolution zurück und verlas kurz vor Schluß der 2. Versammlung bis im Bericht in Nr. 89 enthalten. Zur Begründung seiner abgelehnten Resolution, die Kollegen Seberr nicht nur vor Schluß, sondern gleich hinter den Ausschreibungen der ersten beiden Redner eingebracht hatte, sagte Lebte folgendes, fast ironisch: „Da zwischen Parteivorstand und Generalkommission Verhandlungen angebahnt sind, die zu einer Einigung führen sollen, seht ich mich veranlaßt, meine erste schriftliche Resolution zurückzulegen und Ihnen folgende, in Ihrer Tendenz abgeschlossen zu überlegen.“ Doch genug von der Objektivität des Kollegen O. V. Zum Schluß noch eine Bemerkung über die Frequenzziffer der 2. Versammlung. Obwohl ich durchaus nicht die Fähigkeit bestreite, Gedanken abzulegen, die, wie es scheint, dem Kollegen O. V. eignen, glaube ich doch auf der richtigen Fähigkeit zu sein, wenn ich den 2. Versammlungsbesuch von nur 81 Mitgliedern auf die schon erwähnte Tatsache aus der 2. Versammlung zurückführe, doch scheint der Stand der Übung kaum gelungen zu sein, den Kollegen O. V. mit der Feststellung der Frequenzziffer bestreite, wenn man die Frequenzziffer der anderen Versammlungen betrachtet. Laut Protokollbuch: Versammlung am 16. Januar 1909: 75 Mitglieder, 20. Februar 120, 20. März, hier steht etwas im Protokoll, daß ich leider nicht anführte, Kollege O. V., trotzdem ein Vortrag, wenn ich nicht irre, über Industrie und Unternehmerverbände in der Zukunft auf der Lagesordnung stand u. s. w. Im Durchschnitt kommen im ganzen auf den legalen Besuch 87,5 auf eine Versammlung. Durch diese Feststellung fallen auch die vom Kollegen O. V. gezogenen Schlüssefolgerungen in sich zusammen. Gleichzeitig will ich noch bemerken, daß ich mit zu denjenigen gehöre, die der Meinung sind, daß die Partei doch über den Gewerkschaften stehen sollte. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit der Gewerkschaften ist doch unser letztes Ziel die Erziehung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische. Die Gewerkschaften sind deshalb bloß Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck. Die praktische Tätigkeit der Gewerkschaften muß daher immer von den Prinzipien des Sozialismus billigt sein, wenn anders die Gewerkschaften nicht zum bürgerlichen Radikalismus herabsteigen sollen. Doch wo zu Gefäße noch Samos und Eulen nach Alpen tragen. Wenn Kollege O. V. glaubte, mit seinen „Bemerkungen“ den soviel gepredigten Frieden zu dienen, so will ich ihm diesen Glauben durchaus nicht rauben. Vielleicht führt ihn der Weg recht bald wieder nach Korinth, dann wird es sich ja zeigen, ob er Lorberkranz wieder von damals zieht. Wer Wind hat, wird Sturm entwerfen.

S. Josef Tieck.

Anmerkung der Redaktion. Wenn der Kollege Tieck sagt, der von ihm über die erste Versammlung versuchte Bericht sei aus ihm unbekannter Gründen in der Metallarbeiter-Zeitung nicht veröffentlicht worden, so muß ihm dabei sein Gedächtnis im Stich gelassen haben, denn unser Bericht vom 2. Juli an die Ortsverwaltung Jena, in dem wir uns zu dem Bericht äußerten, in welches Söllers in der zweiten Versammlung verlebten werden. Abgesehen von den in unserem Briefe angegebenen Gründen für die Rücknahme zeigte es sich nachdrücklich, daß wir auch aus anderen Gründen wohl daran taten, ihn nicht zu bringen. Der Bericht des Kollegen Tieck in Nr. 39 ist der beste Beweis dafür.

Fazit. Der „christliche“ Metallarbeiter-Verband hat viel gearbeitet. Seine kleinen wahrheitsähnlichen Funktionäre, die den Kampf gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband von jeher in strengster Weise führten, scheinen sich nicht, zur Unterdrückung ihrer gemeinen Raubhabschweile nach Voraussetzungen zu erziehen, gegen die der Deutsche Metallarbeiter-Verband nichts unternehmen hätte. Nun haben aber die christlichen Arbeitsteilende von der größten hiesigen Firma der Eisenwarenfabrik eine beträchtliche Desabsturzung erlitten. Um diesen Generalangriff Nr. 237 vom 11. Oktober 1909 zu folgen, zu lesen: „Erläuterung. In welch leichtfertiger Weise der christliche Metallarbeiter-Verband mit Beschimpfungen uns sich wirkt, möge folgender Inhalt zeigen: In seinem Antritt mit dem sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verband hat der christliche Verband in einem öffentlichen Fliegerblatt behauptet, daß der sozialdemokratische Verband für die Arbeiter nichts geben habe, als die Firma Sollwitz & Saatzau A.-G. für die Arbeiter an den Betriebsausschinen eine Sondergruppe Allmisch-Rentierung aufgestellt und auch durchgeführt. Diese saß in den Streit der beiden Arbeiterschaften zu wischen, kann ich nicht beurtheilen, doch breite Unterschreiter über meine Firma verbreitet werden. Ich mußte den christlichen Metallarbeiter-Verband durch die Rechtsanwalte Herren Dr. Kettler und Dr. Maier auf die beschämte Unmöglichkeit ansprechen und erhielt folgendes Schreiben: Herren Dr. Kettler und Dr. Haus Maier, Rechtsanwälte, hier ist Ihr gefügtes Schreiben vom 16. September 1910 habe ich Ihnen, ohne die Verantwortung für das befreifende Fliegerblatt zu übernehmen, folgendes mitgeteilt: Die Behauptung, daß bei der Firma Sollwitz & Saatzau den Arbeitern, die bei den Betriebsausschinen beteiligt sind, eine Sondergruppe Schutzzersetzung eingesetzt und außerdem Söhnes auch beschäftigt worden sei, läßt sich auf die Auszüge von Personen, die bei der betreffenden Firma beschäftigt sind. Nachdem nun die Firma mir gegenüber erläutert hat, daß diese Behauptung falsch ist, nehme ich an, daß der Verfasser des Fliegerblattes vor seinen Geschäftskunden falsch urteilte und bedauere ich es, so weit meine Mitwirkung in Beirat kommt, wenn in diesem Falle die Geschäftlichkeit über obige Firma falsch unterrichtet wurde. Hochachtungsvoll (ges.) Lederer & Zahn.“ Deutlich bedeutsame gewisse Reaktionen aus dem christlichen Metallarbeiter-Verband eine spätere Erläuterung in den nächsten Tagesschreinern und erhielten unter dem 30. September ein Schreiben folgenden Inhalts: „Herrn Dr. Friedrich Kettler und Dr. Haus Maier, Rechtsanwälten hier. Ihr Sohn Sollwitz & Saatzau ist Ihnen mit, daß weiter nichts keine Verhandlung besteht, eine weitere ausdrückliche Erklärung zu verschaffen. Wenn die Firma ein Rechtchen hätte, was für uns, was für Sie nicht passiert kann. Erklärung (ges.) Lederer & Zahn.“ Ich überlege wieder die ganze Angelegenheit der Geschäftlichkeit, damit jedermann sich ein Urteil bilde kann, wie hoch die Behauptungen des christlichen Metallarbeiter-Verbands eingeschätzt sind. Sollwitz & Saatzau ist der Firma Sollwitz & Saatzau, A.-G.“ Der Herr Lederer & Zahn, der mit „Erklärungen“ so plauderte, erzielte nach seinem ersten Schreiben an die Rechtsanwalte Kettler und Maier in letzteres grüler Bekämpfung. Mit des heftigen Angriffs will er keine Verhandlung übernehmen, in der Bedeutung, in die ich das Schreiben der Rechtsanwalte kenne, geht er aber zu, daß dabei seine Befürchtung in Wahrheit kommt, daß er doch verunsichert den Fliegerblattsteller nicht informiert. Durch dieses kleine Schreibstück wider Willen ist der Herr Lederer & Zahn weiterhin gerichtet. Nun weiß man, was man von seinen initiierten Fliegerblättern und den seinen Behauptungen zu halten hat.

Gefest. Die Wissenschaftliche Lernkammer hat im April dieses Jahres den in den Großherzoglichen Arbeiten der Schule für 10 Prozent gestrichen. Die Direktion begründete den Schu-

bburg wie folgt: „Der Ausschlag in den Arbeitsverhältnissen war momentan auch in den Kreisen, welche gegen Ende des Jahres 1907 eingetreten ist, höchst leider an. Wir haben bisher gehofft, ihn ohne entscheidende Maßregeln hinsichtlich der Löhne überwinden zu können, sieben aber nun doch vor der Frage, den Betrieb in einigen Betriebsstufen erheblich einzufrieden oder durch Herauslösung der Löhne einen teilweisen Ausgleich für den Ausschlag anzustreben. Um die Rundschau beobachteten, daß Einandergerüste des Betriebs zu erschüttern und Arbeitsverhältnisse zu vermeiden, ist der letztere Weg des besten. Wir wollen ihn jedoch und kundigen hiermit an, daß wir mit unserem Gedanken genügt sind, vom 1. April 1909 an die Löhne bis zu 10 Prozent herabzusetzen. Wir bemessen die Herauslösung so möglich wie möglich, sie ist geringer, als die Erhöhung der Löhne in der vorangegangenen letzten Zeit gewesen ist. Wir werden auch nicht nach der Schwäche versuchen und dürfen, nach Möglichkeit zu vermeiden suchen, über die sich schließlich ergebenden Löhne durchzuführen, ist im Interesse der Betriebshaltung des Werkes unmöglich. Riesa, den 8. März 1909. Hilgenstock.“ In zwei vorangestellten Befreiungsversammlungen wurde durch reichhaltiges Material festgestellt, daß die Begründung des Lohnabzuges nur Verlegenheitsloskosten der Direktion waren. Die Wirkungen der Reihe sollten die Arbeiter allein tragen. Wie der nachstehende Geschäftsbereich beweist, ist es auch tatsächlich so. Der Lohnabzug ist durch nichts gerechtfertigt. Nur die Profitsucht der Unternehmer war das maßgebend. Die Gesellschaft hat im letzten Jahr kein schlechtes Geschäft gemacht. Das gute Geschäft ist nach dem Bericht darauf zurückzuführen, daß viele Rohmaterialien billiger geworden sind und daß sich die Preise der Fabrikate mit Hilfe von Verbündeten aus auskömmlicher Höhe halten konnten, einige Fabrikate sogar im Preise gestiegen sind. Damit vergleiche man die Begründung des Lohnabzuges. Die Arbeiterzahl hat sich von 8874 im Vorjahr auf 4004 vermehrt. Die Produktion stieg von 179 661 101 Kilo im Vorjahr auf 194 290 774 Kilo. Der nach Vornahme der Abschreibungen verbleibende Reingehöldum beträgt mit 112 011 M. Vortrag aus dem Vorjahr und dem Betrag von 247 M. verfallenen Dividendenanteilen 1.265 220 M. gegen 1 116 939 M. im Vorjahr. Er soll verteilt werden wie folgt: Außerordentliche Reserven 100 000 M., Reserven für Bauten 350 000 M., zum Unterstützungsfonds der Beamten 25 000 M., desgleichen für Arbeiter 50 000 M., 10 Prozent Dividende 562 500 M., Rentente für Aufsichtsrat 20 148 M., 157 580 M. werden auf neue Rechnung vorgenommen. So sind Arbeiterzahl, Produktion und Reingehöldum gegenüber dem Vorjahr gestiegen (obige Zahlen behaupten, auch der Gehalt des Direktors sei um 3000 M. gestiegen), nur die Löhne der Arbeiter sind zurückgegangen. Die Direktion hielt selbst den Tagelohn von 3 M. für zu hoch, sie setzte ihn auf 2,80 M. herab, um etwas mehr Dividende herauszuschinden. Aber muriert nicht, ihr brauen Arbeiter, vor den Hunderttausenden, die auch vom Lohn gekürzt worden sind, wird auch die Generalversammlung 50 000 M. zu Wohlfahrtszwecken bewilligen. Wer drei Jahre in den Werken gearbeitet hat, seinem gewerkschaftlichen Verband oder einer freien Hilfskrautklasse angehört und immer hübsch brod war, kann in Krankheitsfällen aus diesem Fonds pro Tag und Nacht 20 M. Zufluss zum Krankengeld erhalten. Wer allerdings das Pech hat und verunglückt, was übrigens gar nicht selten vorkommt, bekommt so viel wie alle anderen, nämlich nichts. Es wäre schon besser, die Direktion nähme die 50 000 M. und besorge dafür jährliche Einrichtungen in den Betrieben, um auf diese Weise die hohe Krankenziffer etwas herabzudrücken. Da die Arbeiter möchten wir noch die Mahnung richten, es nur in einem Falle den Unternehmern nachzutun, nämlich: sich zu organisieren, damit auch sie eine Macht werden. Dann brauchen sie sich nicht jede Schröpfung willens los zu lassen.

Stuttgart. Die Herren Directoren der Daimler-Motoren-Gesellschaft geben schon wieder Aufschluß, sich mit ihnen zu beschäftigen. Unlänglich einer früheren Artikeln in der Presse wurde die Kommission zu Herrn Director Daimler gerufen, um den Artikelstreit zu schließen. Die Kommission wurde dann erklärt, daß der Artikel falsch sei, weil die Worte des Herrn Daimler nicht in einer Sitzung des Arbeiterschaftsvereins, sondern in einer Kommissionssitzung gefallen seien. Beide Seiten können sie ja nicht gut werden. Herr Daimler fragte unter anderem auch einen Arbeiter (Z.), ob er etwas von dem Artikel wisse. Da dieser den Artikel gar nicht gelesen hatte, auch sonst keine Kenntnis davon erhalten hatte, bestritt er natürlich jede Verfehlung daran. Darauf erklärte Herr Director Daimler: „Ach, das weiß man ja. Sie sind überhaupt der Unschuldige.“ Zum Schluß des Verhörs wurde den Zeugen dann noch gefragt, daß ein Teil der Abteilung des Meisters Herder vertreten oder nicht entlassen werde. Die Verfehlung einiger Kollegen erfolgte auch prompt, mit den Entlassungen wurde bei dem Arbeiter Z. der Anfang gemacht. Man hört jedoch nichts, daß der Hauptbeschuldigte, der Meister Herder, verfehlt oder entlassen wird. Der Betriebsleiter jedoch, den der Meister erhalten haben soll, muß, wie es scheint, an den Arbeitern gerichtet werden. Der Arbeiter Z. hatte eine Arbeit zu machen, die preußisch war, deshalb beantragte der Meister Herder den Helfer des Z., ihn davon zu verhindern. Der Arbeiter Z. konnte aber nicht, was an der Arbeit gemacht werden sollte und wartete so lange darauf, bis er den Meister befreien konnte. Über nicht der Meister, sondern der Herr Ingenieur Stahl gab ihm dann die Arbeit an, die keine Dienststunde dauerte. Im Verlauf der Angelegenheit schwang der Meister den Arbeiter so an, daß sich dieser darüber beschwerte. Statt daß der Meister Herder sein Unrecht, sagte er zu dem Arbeiter, er habe ein frisches und naseweises Geschäft. Der Raum, der 49 Jahre oft ist und schon längere Jahre der Firma ihre Dividenden mit verdienten hat, verbot sich dieses von dem 35jährigen Meister und erhielt daranthon am Abend seine Entlassung. Der unvergessliche Arbeiterschaftsverein meldete sich wegen der ungerechten Entlassung bei der Direktion an. Jedoch erst am anderen Tage wurden die Zeugen gerufen, nachdem sich der Herr Director Söllinger bisher informiert hatte, ohne die Zeugen zu hören. Auch Anhörung der Zeugen sollte es der Herr Director dem Meister Herder anheben, ob er den Arbeiter weiter beschäftigen wolle. Der Meister gab aber gar keine Antwort daran. Herr Betriebsleiter Herder gab dafür eine sehr bestreite Antwort. Er erklärte, dies würde unter keiner Umstände sein. Die Richter seien die Hölle des Arbeiters. Als eisengewaltsame Reduzierungen vorgenommen wurden, hätten diese die Schiedsgerichte in die Abteilung hereingebracht. Nach Ansicht dieses Herrn Herder ein Arbeiter sich jeden Abgang ohne Widerrede gefallen lassen. Darauf erklärte Herr Director Söllinger: „Sehen Sie, Herr Z., es ist nur gut, daß auch eine Heit kommt, wo man den Arbeitern einen Dämpfer ansetzen kann, wenn ihnen der Raum zu hoch ist.“ Obwohl der Arbeiterschaftsverein einst, daß er verfehlt sei, erneut die Arbeit an sich einen Abgang ohne Widerrede gefallen lassen. Darauf erklärte Herr Director Söllinger: „Sehen Sie, Herr Z., es ist nur gut, daß auch eine Heit kommt, wo man den Arbeitern einen Dämpfer ansetzen kann, wenn ihnen der Raum zu hoch ist.“ Obwohl der Arbeiterschaftsverein einst, daß er verfehlt sei, erneut die Arbeit an sich einen Abgang ohne Widerrede gefallen lassen. Herr Söllinger sah eben noch einer anderen Arbeit ansehen; bei was heißt es halt noch: Was kann ich eh. des Risch ich sing. Was hilft mir auch eigentlich sonst? Wenn ich die Arbeit nicht macht, dann steht ich ein paar Schreiber ein, die machen die Arbeit gerade in.“ Nun kostet die Rundschau der Firma Daimler, für was sie ihr teures Geld hinlegen sarà. Der Fall zeigt, welchen Wert der Arbeiterschaftsverein in den Augen der Firma besitzt. Wir sind auch überzeugt, daß Herr Director Daimler die Arbeit nicht besitzt, daß er sich aus den Preispolitiken nichts mache. Aber ebenso kostet wir auch davon überzeugt, daß durch diese Verhandlungen selbst dem größten Humanitätsdenker bei der Firma die Augen geöffnet werden. Die Zeiten ändern sich. Die Firma sieht Blau und wird Einsam erden. Wenn aber der Herr Director Söllinger der Wirklichkeit ist, daß die Arbeiter das Brot der Firma Daimler essen, so sind die Arbeiter eben andere Ansprüche. Denn die Firma kann ganz gut ohne einen Monteur auskommen, aber nicht ohne Arbeiter. Mit denselben Recht könnte man behaupten, der Herr

Bernd Rallinger ist das Brot der Arbeit, weil diese erst die Werte schaffen müssen. Für die Arbeiter der Firma Daimler mag dieser Brot wieder eine Nahrung sein, mehr denn je dafür zu sorgen, daß auch der letzte Mann der Organisation angeht. Unsere übrigen Kollegen aber mögen den Ruhm der Daimlerwerke solange meilen, bis andere Zustände geschaffen sind.

Mehrere.

Berlin. (Ein Beitrag für die Sitzungsmannschaft, Rohrleger und Helfer Daimler & Co.) Als im vorigen Jahre die Berliner Unternehmer für das Heizungswach und das Gas- und Wasserrohrlegergewerbe den Tarifvertrag gefündigt hatten, war es den Berliner Kollegen sofort klar, daß die Anerkennung nur bedingt geschehen ist, um die bis dahin bestehenden Löhne und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die Vorlage der Unternehmer, die wir als Tarif anerkennen sollten, war auch so gehalten, daß sie von den Kollegen einstimmig zurückgewiesen wurde. Sogar die Kollegen in dem sogenannten „Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verband“ (Wiesenthaler) lehnten diese Vorlage zuerst ab. Jedoch hatte es nach Wiesenthaler verstanden, seinen Anhang zu überreden, den von den Unternehmern geforderten Tarif anzuerkennen. Diese Leute, die zuerst immer so radikal tun und die Interessen der Arbeiterschaft besser wahrnehmen wollen als unser Verband, sind vor der ersten Drohung der Unternehmer entweder ihren Tarif anzunehmen oder gar keinen zu erhalten, zurückgewichen und haben das gutgeheißen, was sie zuerst mit holzen Worten zurückgewiesen hatten, ohne auch nur einen Widerstand zu versuchen. Die Deutschen Metallarbeiter-Verband, im Schmiede- und Rohrleger und Helfer, Berlin und Umgegend hatten jedoch jedoch diesen Vertrag abgelehnt und mit Rücksicht auf die in diesem Tarif enthaltenen Verschlechterungen den Streik erklärte. Aber durch das Verhalten der „Wiesenthaler“, die nicht nur trotz der Streikserklärung weitergearbeitet haben, sondern auch die Plätze der streitenden Kollegen bekleidet, also Streikverbot verhängt hatten, war der berechtigte Streik unserer Kollegen erfolglos. So wurde der Daseinskampf das für jeden ehrlich denkenden Arbeiter betrübende Schauspiel geboten, daß eine Arbeitersgruppe den anderen den Streik illustriert mache. Wiesenthaler, der „radikale Arbeitersöldner“, hat im Verein mit den Grünen und den Gelben (Lebius) den ihm von den Unternehmern geschenkten Tarif unterzeichnet. Allerdings, der Deutsche Metallarbeiter-Verband, der Centralverband der Schmiede und der Kupferschmiedeverband haben es unter ihrer Würde gehalten, einen solchen Tarif anzuerkennen. Die Mitglieder dieser Verbände arbeiten tariflos. Wie sieht denn nun der von den Unternehmern geschenkte und von den angeblichen Arbeitervertretern mit offenen Händen empfangene Tarif aus? In diesem Tarif wurde der schon im Jahre 1906 vereinbarte Stundenlohn (für Rohrleger 65, für die Helfer 47½ M.) wieder festgesetzt. Wenn auf Bau gearbeitet wird, dann gibt es 2½ M. mehr. Diese Wazulage war auch schon im Jahre 1905 in dem von uns abgeschlossenen Tarif vereinbart. Daraus ist schon zu erkennen, daß der neue Vertrag irgendwelche Verbesserung den Kollegen nicht bietet. Aber außerdem entfällt er eine ganze Reihe von Verteilungen und ist unter ihrer Würde gehalten, einen solchen Tarif anzuerkennen. Die Mitglieder dieser Verbände arbeiten tariflos. Wie sieht denn nun der von den Unternehmern geschenkte und von den angeblichen Arbeitervertretern mit offenen Händen empfangene Tarif aus? In diesem Tarif wurde der schon im Jahre 1906 vereinbarte Stundenlohn (für Rohrleger 65, für die Helfer 47½ M.) wieder festgesetzt. Wenn auf Bau gearbeitet wird, dann gibt es 2½ M. mehr. Diese Wazulage war auch schon im Jahre 1905 in dem von uns abgeschlossenen Tarif vereinbart. Daraus ist schon zu erkennen, daß der neue Vertrag irgendwelche Verbesserung den Kollegen nicht bietet. Aber außerdem entfällt er eine ganze Reihe von Verteilungen und ist unter ihrer Würde gehalten, einen solchen Tarif anzuerkennen. Die Mitglieder dieser Verbände arbeiten tariflos. Wie sieht denn nun der von den Unternehmern geschenkte und von den angeblichen Arbeitervertretern mit offenen Händen empfangene Tarif aus? In diesem Tarif wurde der schon im Jahre 1906 vereinbarte Stundenlohn (für Rohrleger 65, für die Helfer 47½ M.) wieder festgesetzt. Wenn auf Bau gearbeitet wird, dann gibt es 2½ M. mehr. Diese Wazulage war auch schon im Jahre 1905 in dem von uns abgeschlossenen Tarif vereinbart. Daraus ist schon zu erkennen, daß der neue Vertrag irgendwelche Verbesserung den Kollegen nicht bietet. Aber außerdem entfällt er eine ganze Reihe von Verteilungen und ist unter ihrer Würde gehalten, einen solchen Tarif anzuerkennen. Die Mitglieder dieser Verbände arbeiten tariflos. Wie sieht denn nun der von den Unternehmern geschenkte und von den angeblichen Arbeitervertretern mit offenen Händen empfangene Tarif aus? In diesem Tarif wurde der schon im Jahre 1906 vereinbarte Stundenlohn (für Rohrleger 65, für die Helfer 47½ M.) wieder festgesetzt. Wenn auf Bau gearbeitet wird, dann gibt es 2½ M. mehr. Diese Wazulage war auch schon im Jahre 1905 in dem von uns abgeschlossenen Tarif vereinbart. Daraus ist schon zu erkennen, daß der neue Vertrag irgendwelche Verbesserung den Kollegen nicht bietet. Aber außerdem entfällt er eine ganze Reihe von Verteilungen und ist unter ihrer Würde gehalten, einen solchen Tarif anzuerkennen. Die Mitglieder dieser Verbände arbeiten tariflos. Wie sieht denn nun der von den Unternehmern geschenkte und von den angeblichen Arbeitervertretern mit offenen Händen empfangene Tarif aus? In diesem Tarif wurde der schon im Jahre 1906 vereinbarte Stundenlohn (für Rohrleger 65, für die Helfer 47½ M.) wieder festgesetzt. Wenn auf Bau gearbeitet wird, dann gibt es 2½ M. mehr. Diese Wazulage war auch schon im Jahre 1905 in dem von uns abgeschlossenen Tarif vereinbart. Daraus ist schon zu erkennen, daß der neue Vertrag irgendwelche Verbesserung den Kollegen nicht bietet. Aber außerdem entfällt er eine ganze Reihe von Verteilungen und ist unter ihrer Würde gehalten, einen solchen Tarif anzuerkennen. Die Mitglieder dieser Verbände arbeiten tariflos. Wie sieht denn nun der von den Unternehmern geschenkte und von den angeblichen Arbeitervertretern mit offenen Händen empfangene Tarif aus? In diesem Tarif wurde der schon im Jahre 1906 vereinbarte Stundenlohn (für Rohrleger 65, für die Helfer 47½ M.) wieder festgesetzt. Wenn auf Bau gearbeitet wird, dann gibt es 2½ M. mehr. Diese Wazulage war auch schon im Jahre 1905 in dem von uns abgeschlossenen Tarif vereinbart. Daraus ist schon zu erkennen, daß der neue Vertrag irgendwelche Verbesserung den Kollegen nicht bietet. Aber außerdem entfällt er eine ganze Reihe von Verteilungen und ist unter ihrer Würde gehalten, einen solchen Tarif anzuerkennen. Die Mitglieder dieser Verbände arbeiten tariflos. Wie sieht denn nun der von den Unternehmern geschenkte und von den angeblichen Arbeitervertretern mit offenen Händen empfangene Tarif aus? In diesem Tarif wurde der schon im Jahre 1906 vereinbarte Stundenlohn (für Rohrleger 65, für die Helfer 47½ M.) wieder festgesetzt. Wenn auf Bau gearbeitet wird, dann gibt es 2½ M. mehr. Diese Wazulage war auch schon im Jahre 1905 in dem von uns abgeschlossenen Tarif vereinbart. Daraus ist schon zu erkennen, daß der neue Vertrag irgendwelche Verbesserung den Kollegen nicht bietet. Aber außerdem entfällt er eine ganze Reihe von Verteilungen und ist unter ihrer Würde gehalten, einen solchen Tarif anzuerkennen. Die Mitglieder dieser Verbände arbeiten tariflos. Wie sieht denn nun der von den Unternehmern geschenkte und von den angeblichen Arbeitervertretern mit offenen Händen empfangene Tarif aus? In diesem Tarif wurde der schon im Jahre 1906 vereinbarte Stundenlohn (für Rohrleger 65, für die Helfer 47½ M.) wieder festgesetzt. Wenn auf Bau gearbeitet wird, dann gibt es 2½ M. mehr. Diese Wazulage war auch schon im Jahre 1905 in dem von uns abgeschlossenen Tarif vereinbart. Daraus ist schon zu erkennen, daß der neue Vertrag irgendwelche Verbesserung den Kollegen nicht bietet. Aber außerdem entfällt er eine ganze Reihe von Verteilungen und ist unter ihrer Würde gehalten, einen solchen Tarif anzuerkennen. Die Mitglieder dieser Verbände arbeiten tariflos. Wie sieht denn nun der von den Unternehmern geschenkte und von den angeb

